



## Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom  
Geschwister-Scholl-Institut  
für Politikwissenschaft

---

2015

Franziska Zimmerer

**Aufschrei versus Akzeptanz –  
Reaktionen auf TTIP.  
Deutschland und die  
Vereinigten Staaten von  
Amerika im empirisch-  
analytischen Vergleich**

---

Bachelorarbeit bei  
Dr. Lars C. Colschen  
SoSe 2015

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>I. EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
<b>II. CASE STUDY I: DEUTSCHLAND .....</b>	<b>4</b>
1. Politik .....	4
2. Wirtschaft.....	7
3. Gesellschaft.....	9
4. Zwischenergebnis .....	11
<b>III. CASE STUDY II: USA .....</b>	<b>13</b>
1. Politik .....	13
2. Wirtschaft.....	16
3. Gesellschaft.....	17
4. Zwischenergebnis .....	18
<b>IV. ANALYSE .....</b>	<b>21</b>
1. Politik .....	21
2. Wirtschaft.....	26
3. Gesellschaft.....	30
<b>V. FAZIT UND AUSBLICK .....</b>	<b>36</b>

# ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

<b>AfD</b>	Alternative für Deutschland
<b>AFL-CIO</b>	American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations
<b>AmChams</b>	American Chambers of Commerce in Europe
<b>BDI</b>	Bundesverband der Deutschen Industrie
<b>BMWi</b>	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
<b>BVWM</b>	Bundesverband mittelständische Wirtschaft
<b>CDU</b>	Christlich Demokratische Union
<b>CSU</b>	Christlich-Soziale Union
<b>DBV</b>	Deutscher Bauernverband
<b>DGB</b>	Deutscher Gewerkschaftsbund
<b>DIHK</b>	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>FDP</b>	Freie Demokratische Partei
<b>ILO</b>	International Labour Organisation
<b>ISDS</b>	Investor-State Dispute Settlement
<b>NAFTA</b>	North American Free Trade Agreement/Nordamerikanische Freihandelsabkommen
<b>NAM</b>	National Association of Manufacturers.
<b>NGO</b>	Non governmental Organisation/Nichtregierungsorganisation
<b>NSA</b>	National Security Agency
<b>SME</b>	Small and medium-sized enterprises/Kleine und mittelständische Unternehmen

<b>SPD</b>	Sozialdemokratische Partei Deutschland
<b>SVR</b>	Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
<b>TARP</b>	Troubled Asset Relief Program
<b>TPA</b>	Trade Promotion Authority
<b>TPP</b>	Trans-Pacific Partnership Transpazifische Partnerschaft
<b>TTIP</b>	Transatlantic Trade and Investment Partnership/Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft
<b>USA</b>	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika
<b>Ver.di</b>	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

## I. EINLEITUNG

Chlorhühnchen, Genmais, Geheimverhandlungen und Investitionsschutz – diese Begrifflichkeiten dominieren die mediale Debatte in Deutschland über das Freihandelsabkommen *Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaft* (TTIP) zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten (USA). Seit Juni 2013 wird das Abkommen zwischen der Europäischen Kommission und der amerikanischen Regierung verhandelt. Kerninhalte sind der Abbau von tarifären Handelshemmnissen wie Zöllen, aber auch nicht-tarifären Schranken wie die Vorgabe spezieller umweltpolitischer Standards. Ziel ist es Produktstandards gegenseitig anzuerkennen, Bürokratie zu reduzieren und Wirtschaftswachstum durch den Abbau von Handelsregularien zu schaffen.

Obwohl Deutschland als Exportnation laut zahlreicher volkswirtschaftlicher Berechnungen der größte Profiteur in Europa sein soll (vgl. Felbermeyr et al. 2013), wächst die Kritik im Land stetig. Im aktuellen Eurobarometer spricht sich erstmals eine knappe Mehrheit der Deutschen (41 Prozent) gegen das Abkommen aus, 39 Prozent befürworten es (Europäische Kommission 2014). Deutschland ist damit neben Luxemburg und Österreich das Land in Europa, das TTIP am kritischsten sieht. Sprachrohr des Protests ist die europäische Initiative *Stop TTIP*, die ihren Ursprung in der deutschen Protestbewegung *TTIP unfairhandelbar* hat. Der aus Deutschland organisierten Kampagne *Stop TTIP* ist es gelungen, mit einer Online-Petition europaweit 2,2 Millionen Unterschriften gegen das Abkommen zu sammeln, davon 1,1 Millionen aus Deutschland (Stop TTIP 2015). Aufgrund der multimedialen Strategie findet der Protest über soziale Netzwerke und klassische Medien den Weg in die breite Bevölkerung.

Trotzdem werden die Reaktionen des Bündnispartners USA kaum in der deutschen bzw. europäischen Medienöffentlichkeit berücksichtigt. Doch gerade wenn man eine baldige und ausgewogene Einigung erzielen möchte, wäre es hilfreich auf die Reaktionen in den USA einzugehen: Wie ist das Stimmungsbild in den Vereinigten Staaten? Wie positionieren sich die Politik, Wirtschaft und Bevölkerung zu dem Thema? Welche Befürchtungen haben die Gegner? Gibt es überhaupt Freihandelsgegner in einem Staat, in dem die freie Marktwirtschaft herrscht?

Im Hinblick auf eine baldige Verabschiedung des Abkommens wäre es ratsam, auf die Kritik der Gegner und die Argumente der Befürworter der zwei stärksten und einflussreichsten Volkswirtschaften im Freihandelsbündnis einzugehen. Eine Gegenüberstellung der Ängste und Befürchtungen in Deutschland und den USA könnte helfen, Konflikte aufzulösen und zu einem inhaltlichen Kompromiss beitragen. Deshalb soll diese Arbeit Ergebnisse für folgende Forschungsfrage liefern:

**„Inwieweit unterscheiden sich die Reaktionen in Deutschland und den USA zu TTIP und wie lässt sich das begründen?“**

Die Arbeit bedient sich der Methode des empirisch-analytischen Vergleichs. Dieser macht es möglich, Schlüsse über die gegenseitigen Bedenken der Akteure zu ziehen und diese zu beurteilen. Aufgrund des aktuellen Bezugs kann ein Großteil der Reaktionen aus Presseartikeln sowie amtlichen Dokumenten und Positionspapieren entnommen werden. Um die Reaktionen in einen realen Kontext einzubetten, wurden Interviews mit folgenden Personen geführt, die Akteure im Welthandel sind oder diesen begleiten: Martin Köhler, Handelsbeauftragter der Fraktion *Die Grünen* im Europäischen Parlament; Peter Lefkin, *Senior Vice President* bei *Allianz of America* und Lobbyist in Washington D.C.; Dr. Stormy-Annika Mildner, Abteilungsleiterin Außenwirtschaftspolitik und TTIP-Beauftragte beim *Bundesverband Deutscher Industrie* sowie Peter Sparding, *Transatlantic Fellow* beim *German Marshall Fund of the United States*.

Zur umfassenden Beantwortung der Forschungsfrage werden im Folgenden zunächst die Reaktionen beider Länder beschreiben. Dabei stehen, wie bei der vergleichenden Untersuchung von Reaktionen üblich, die größten, national agierenden Akteure im Vordergrund (vgl. Rokkan 2009: 17). Da die Verhandlungen auf nationaler bzw. supranationaler Ebene geführt werden, haben diese Akteure die Möglichkeit, durch ihr Verhalten die Verhandlungen zu beeinflussen. Um eine optimale Vergleichbarkeit zu schaffen, werden drei Ebenen unterschieden. Die politische Ebene konzentriert sich auf die bundespolitischen Entscheidungsträger. Im Bereich Wirtschaft sind die Reaktionen der landesweit tätigen Dachverbände Gegenstand der Analyse. Und auf gesellschaftlicher Ebene werden die Ansichten der Bevölkerung und großer Interessengruppen genannt. Hierbei bilden die länderübergreifenden, repräsentativen Umfragen des *Pew Research Center* eine vergleichbare Analysegrundlage. Anschließend werden im zweiten Teil der Arbeit die Reaktionen der Akteure aus beiden

Staaten analysiert und verglichen. Dabei sollen zudem Gründe für die Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten aufgearbeitet werden. Neben persönlichen Motiven der Akteure werden u.a. Besonderheiten des jeweiligen politischen Systems, der Einfluss von Lobbyismus und die politische Kultur der jeweiligen Gesellschaft einen nennenswerten Erklärungsgehalt bieten.

Zum Verständnis dieser Arbeit muss die Bedeutung einiger zentraler Begriffe näher beleuchtet werden. Diese sind die Art der analysierten Reaktionen und drei wesentlichen Kritikpunkte am Abkommen. Die zu untersuchenden Reaktionen umfassen das Verhalten und die geäußerten Standpunkte der Akteure im Hinblick auf die TTIP-Verhandlungen, bisher bekannte Inhalte und mögliche Folgen.

Die Kritik am Abkommen lässt sich im Wesentlichen in drei Streitpunkte einteilen: Transparenz, Investitionsschutz und Harmonisierung der Standards. Das Thema *Transparenz* stößt seit Beginn auf Kritik, da die Verhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und der nationalen Politik abgehalten werden. Kommission und deutsche Regierungsvertreter verteidigen dies als gängige Methode bei der Aushandlung von völkerrechtlichen Verträgen und veröffentlichen nach jeder Verhandlungsrunde die Ergebnisse. Die TTIP-Gegner halten das für undemokratisch.

Zweiter Streitpunkt in der Debatte ist das sog. *Investitionsschutzkapitel*. Der *investor-state dispute settlement* Mechanismus (ISDS) soll ausländische Investoren berechtigen, einen Staat vor einem Schiedsgericht zu verklagen, wenn er von diesem Staat gegenüber inländischen Investoren benachteiligt wird. Schiedsgerichte sind nicht-staatliche Gerichte, deren Richter von beiden Streitparteien berufen werden. Befürworter betonen, dass ISDS ein gängiger Bestandteil in Freihandelsabkommen ist. So hat die EU bereits 1400 dieser Investitionsschutzabkommen unterzeichnet, Deutschland rund 130 (DGB 2014). Diese sollen Investoren bspw. dann Rechtssicherheit bieten, wenn sie in einem nicht-rechtsstaatlichen Staat investieren. Kritiker lehnen ISDS ab, weil sie den Rechtsschutz in einem völkerrechtlichen Vertrag zwischen etablierten Rechtsstaaten für gegeben halten. Zudem kritisieren sie, die hohen Verfahrenskosten nur von Großkonzernen könnten gestemmt werden, sodass eine nicht-rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit für Großkonzerne entstehe.

Dritter Streitpunkt ist die *Harmonisierung von Produktstandards*. Um kostspielige und langwierige Zulassungsprozesse in beiden Wirtschaftsräumen zu vermeiden, sollen

ähnliche Produktstandards vereinheitlicht werden, die sog. *Regulatorische Kooperation*. Befürworter halten dies für zwingend notwendig, sodass auch kleine und mittelständische Unternehmen wettbewerbsfähig exportieren können. Kritiker vertrauen nicht in die amerikanischen Verbrauchstandards und befürchten durch die Harmonisierung die Absenkung der europäischen Schutznormen in den Bereichen Klima und Umwelt, Verbraucherschutz, Gesundheit und Arbeitsrecht.

## II. CASE STUDY I: DEUTSCHLAND

Nach Berechnungen der *Bertelsmann-Stiftung* und des *ifo-Institutes* könnte das transatlantische Abkommen Deutschland 181.092 neue Arbeitsplätze und zusätzliches Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens von 0,2 Prozent jährlich bescheren – soviel wie in keinem anderen europäischen Land (Felbermayr et al 2013: 41; 28). Als die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Juli 2013 aufgenommen wurden, teilten politische Beobachter Deutschland die Rolle des Überzeugungsträgers zu, der im Zweifelsfall zunächst zurückhaltende Staaten wie Frankreich mitziehen könnte (vgl. Sparding, 2014: 2). Nur ein Jahr später hatte sich das Blatt gewandelt; der Widerstand in der sonst so exportfreundlichen Bundesrepublik wächst seitdem. Während Nichtregierungsorganisationen (NGO) medienwirksam gegen TTIP demonstrieren, stehen die Regierung und Wirtschaft in Deutschland zum größten Teil hinter dem Mammutprojekt.

### 1. Politik

Das Echo in der Bundesregierung ist überwiegend positiv: Sowohl die CDU/CSU-geführten Ministerien wie auch Schlüsselfiguren der Sozialdemokraten sprechen sich weitgehend für TTIP aus. Während Bundeskanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble offen ihre uneingeschränkte Zustimmung zum Abkommen bekunden, treten die Sozialdemokraten für Änderungen ein, insbesondere bei ISDS (vgl. Oehm 2015). So vertritt Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Ansicht, dass ISDS in seiner aktuellen Form nicht erforderlich bzw. reformbedürftig sei. In einem Brief an EU-Handelskommissar Karel de Gucht im März 2014 macht er deutlich, „dass die USA und Deutschland hinreichenden Rechtsschutz vor nationalen Gerichten gewährleisten.“ ISDS dürfe nicht „allgemeine und angemessene Regelungen zum Schutz von Gemeinwohlzielen, die in demokratischen Entscheidungen rechtstaatlich zustande kommen, [aushebeln] oder [umgehen]“ (Gabriel 2014). Während



Matthias Machnig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), weitgehende ISDS-Reformen bzgl. der fehlenden Berufung bei Schiedsgerichtsentscheidungen, der Bestellung von Schiedsrichtern und der Gebührenordnung fordert (vgl. Machnig 2015), lehnt die Parlamentarische Staatssekretärin im BMWi, Brigitte Zypris, ISDS weitestgehend ab: „*Wir sind zurzeit im Konsultationsverfahren und setzen uns dafür ein, dass die Schiedsgerichtsverfahren nicht in den Vertrag aufgenommen werden.*“ (Deutscher Bundestag 2014: 1471) Allerdings räumt sie ein, „*dass Investor-Staat-Schiedsverfahren [...] nach Ausschöpfung des nationalen Rechtswegs möglich sein sollen.*“ (Beckmeyer 2014: 2) Andere TTIP-Befürworter der *Sozialdemokratischen Partei Deutschland* (SPD) wie Bundesjustizminister Heiko Maas und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks lehnen ISDS kategorisch ab, da die OECD-Länder die unterschiedlichen Rechtssysteme gegenseitig anerkannt haben und demnach ein gesonderter Rechtsschutz für Investoren aus OECD-Staaten überflüssig erscheint (vgl. Oehm 2015: 2 f.; Reimer 2015.)

Innerhalb der Union treffen TTIP und auch ISDS auf große Zustimmung. Generalsekretär Peter Tauber befürwortet im Namen der CDU ISDS offen mit dem Argument, dass Schiedsverfahren ausländischen Investoren Sicherheit gäben und diese vor Diskriminierung schützten. Ferner dienen sie seiner Meinung nach „*im Wesentlichen [der] Schlichtung*“ (Tauber 2014). Auch Friedrich Merz, Vorsitzender der *Atlantik Brücke*, spricht sich offen für den ISDS-Mechanismus aus und stellt fest, dass der Investitionsschutz keine Erfindung im Rahmen von TTIP ist. Er widerspricht der Kritik, die Maas und Hendricks äußern, indem er die Beibehaltung von ISDS-Schutzklauseln für zukünftige Freihandelsabkommen fordert. Der Verzicht würde einen Präzedenzfall für künftige Verträge mit Nicht-OECD-Staaten schaffen, was unvorhersehbare Folgen habe könne. Er verweist zudem auf europäische Länder mit umstrittenen Justizsystemen wie Ungarn, in denen Investoren vor nationalen Gerichten oft Willkür ausgesetzt seien (vgl. Merz 2015).

Lautstarke Gegenstimmen kommen aus der parlamentarischen Opposition und der *Alternative für Deutschland* (AfD). Die Partei *Die Linke* positioniert sich öffentlich gegen TTIP und unterstützt die Europäische Bürgerinitiative *Stop TTIP*. Neben den Herabsetzungen von Lebensmittel- und Verbraucherstandards befürchtet *Die Linke* durch ISDS die Aushöhlung der Demokratie und des Rechtsstaats (vgl. Die Linke 2014). Auch das *Bündnis 90/Die Grünen* steht dem Freihandelsabkommen sehr kri-

tisch gegenüber und unterstützt das Aktionsbündnis *Stop TTIP*. Neben der Ablehnung von ISDS kritisieren ihre Mitglieder vor allem die Intransparenz der Verhandlungen und befürchten eine Verschlechterung sozialer und ökologischer Standards (vgl. Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion 2014). Die Partei lehnt TTIP in seiner aktuellen Form ab und fordert stattdessen eine Neuverhandlung des Freihandelsabkommens in Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten und mit dem Fokus auf der Einhaltung von Mindeststandards beim Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltschutz (vgl. Köhler 2015; Künast et al. 2013).

Anders reagiert die europakritische Partei AfD, die zwar ISDS grundsätzlich für eine richtige Konfliktlösungsmethode hält. Jedoch lehnt sie TTIP ab, da die Verhandlungskompetenz bei der Europäischen Kommission und nicht bei den EU-Mitgliedsstaaten liegt (vgl. Adam). Die *Freie Demokratische Partei* (FDP) dagegen unterstützt TTIP und lobt „*die einmalige Gelegenheit, einen weltweiten Standard für einen modernen und ausgewogenen Investitionsschutz zu definieren*“ (Lambsdorff 2015).

Gegenstimmen kommen auch aus dem mehrheitlich rot-grünen Bundesrat. In einem Beschluss vom 11. Juni 2014 bezeichnet er die „*spezielle[n] Investitionsvorschriften und Streitbeilegungsmechanismen im Verhältnis Investor und Staat zwischen der EU und den USA für verzichtbar*“ (Bundesrat 2014: 3). Er nennt die Rechtsstaatlichkeit von Schiedsgerichten mangelhaft (vgl. ebd.: 4), „*da die Unabhängigkeit der Schiedsrichter und Schiedsrichterinnen nicht gesichert ist*“ (ebd.: 4). Darüber hinaus warnt der Bundesrat, dass rechtsstaatlich zustande gekommene Regelungen „*ausgehebelt oder umgangen werden können*“ (ebd.: 3). Auf diese Weise entstehe Rechtsunsicherheit.

Als politischer Berater agiert bei solchen Themen der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (SVR). Mit dem Ziel „*einer periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage*“ stehen die sog. Wirtschaftsweisen allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Institutionen beratend zur Seite (SVR 2015). In seinem aktuellen Bericht „*Mehr Vertrauen in Marktprozesse*“ positioniert er sich zu TTIP. Er merkt an, dass der Abbau von Handelshemmnissen aus ökonomischer Sicht zu positiven Effekten führen könne. Anstatt auf ISDS infolge der starken Kritik zu verzichten, könne „*TTIP als Gelegenheit für eine Reform von internationalen Investitionsregimen*“ begriffen werden (SVR 2014: 39). Insgesamt

sieht der Sachverständigenrat *„in der verstärkten Einbindung Europas in die internationale Arbeitsteilung große Potenziale für Effizienzgewinne und damit verbundenes Wirtschaftswachstum. Die Bundesregierung wäre schlecht beraten, den Verhandlungsprozess aufgrund der genannten Bedenken scheitern zu lassen. [...] TTIP eröffnet somit die Chance, die Handelsintegration weltweit zu vertiefen“* (ebd.).

## 2. Wirtschaft

Zusammen mit dem *Deutschen Industrie- und Handelskammertag* (DIHK) gehört der *Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI) zu den medienwirksamen TTIP-Befürwortern aus der Wirtschaft: *„Unter unseren Verbänden gibt es die einhellige Meinung, dass TTIP gewünscht wird und dass TTIP vielversprechend ist, insbesondere was die Kostenreduzierung im internationalen Handel und die Mitgestaltung an der Globalisierung anbelangt“* (Mildner 2015). Zwar seien die Zölle im europäisch-amerikanischen Handel im Durchschnitt relativ niedrig. Doch aufgrund des hohen Handelsvolumens von zwei Milliarden Euro am Tag summierten sich die Zollabgaben erheblich, insbesondere für international tätige Unternehmen. Besonders nachteilig ist dies bspw. in der exportstarken Automobilindustrie. Diese zahlt jährlich rund eine Milliarde Euro Zölle für den Export in die USA, wovon ein Drittel der sog. intra-industrielle Handel innerhalb eines Konzerns ausmacht. Der BDI nennt dies *„eine völlig unnötige Belastung“* (ebd.). Zudem begrüßen BDI, DIHK und der vom BDI vertretene *Verband Deutscher Automobilindustrie* die regulatorische Kooperation im Rahmen von TTIP. Es gebe zwar viele nicht-tarifäre administrative Handelsbarrieren, die man nicht abbauen könne, da teils die Beibehaltung unterschiedlicher Schutzstandards gewünscht würde. *„Es gibt aber Standards, die redundant sind, d.h. im Effekt die gleiche Wirkung erzielen, aber im Design unterschiedlich sind. Zudem sollte man die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsprüfungstellen prüfen.“* (Mildner: 2015; vgl. DIHK 2014; The New York Times 2015)

Der BDI widerspricht den von TTIP-Gegnern vorgebrachten Bedenken bzgl. der potentiellen Herabsenkung des deutschen bzw. europäischen Arbeitnehmerschutzes. Gewerkschaften bemängeln, dass die USA nur zwei (Verbot von Kinderarbeit und Sklavenarbeit) der insgesamt acht Kernarbeitsnormen (u.a. Recht auf Mitgliedschaft in Gewerkschaft, Gründung eines Betriebsrates) der *International Labour Organization* (ILO) ratifiziert hat (vgl. Abé et al. 2014; ver.di Bundesverwaltung 2013: 11). Der BDI verweist indes auf das Nachhaltigkeitskapitel in TTIP. Darin verpflichtet sich je-

des Unternehmen, das in Europa investieren möchte, die gesetzlichen Bestimmungen des Gastgeberlandes zu befolgen. Zudem mahnt der BDI, dass die USA die sog. 98er-Erklärung der ILO inklusive aller Kernarbeitsnormen unterzeichnet hat. Die vollständige Ratifizierung der sechs ausstehenden Normen sei auf Bundesebene nicht möglich, da diese teilweise in bundesstaatliche Kompetenzen eingreifen (vgl. Mildner 2015).

Zum Thema ISDS positioniert sich der BDI klar: „*Wenn man TTIP als Blaupause für folgende Abkommen entwickeln möchte, dann muss der Investitionsschutz ein wesentlicher Bestandteil von TTIP sein*“ (Mildner 2015). Der Kritik an der Transparenz von ISDS-Verhandlungen tritt der Verband entgegen: „*ISDS is one of the most transparent mechanisms for dispute resolution*“ (Mildner 2014: 8). Hierzu führt der BDI aus, dass Schiedsgerichtsverhandlungen per Live-Stream im Internet übertragen werden. Eine vergleichbare Offenheit habe es im Übrigen bei der Verhandlung früherer Freihandelsabkommen nicht gegeben. Um das System der Schiedsgerichtsverfahren in Freihandelsabkommen weitergehend zu verbessern, schlägt der BDI vor, dass der Vorsitzende Richter eines Schiedsgerichts vom unabhängigen *International Centre for Settlement of Investments Disputes* (ICSID) berufen wird. Die zwei weiteren Richter sollen wie gehabt von jeder Streitpartei benannt werden, müssten aber die hohen Standards des ICSID erfüllen (ebd.: 11).

Der *Bundesverband mittelständischer Wirtschaft* (BVMW) „*begrüßt das Bestreben, Handelshemmnisse abzubauen und den Freihandel zu fördern*“ (BVWM 2015). Ferner sieht er Wachstumschancen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze als Vorteile für Deutschland als Exportnation, lehnt jedoch den geplanten Investitionsschutz ab. In einem Positionspapier bezeichnet der BVMW die gegenseitigen Direktinvestitionen im Jahr 2011 in Höhe von insgesamt 3,6 Milliarden Euro als „*ein deutliches Zeichen für das gegenseitige Vertrauen in die vorhandenen rechtlichen und demokratischen Rahmenbedingungen für Investoren*“ (ebd.). Zudem mahnt der Verband vor den durchschnittlichen Verfahrenskosten von acht Millionen Dollar, die sich kaum ein mit Mittelstandsbetrieb leisten könne.

Die Gewerkschaften weisen auf Probleme bei bestehenden Investitionsschutzverträgen hin. Der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) bemängelt in einer Stellungnahme eine in den bestehenden Verträgen ungenaue Definition von den Begriffen Investor, Investition und „*Kompensation bei ‚indirekter Enteignung‘*“ (DGB 2014: 3 f.). Die

*Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft* (Ver.di) kritisiert zudem, dass im Vorfeld der TTIP-Verhandlungsrunden ausschließlich Wirtschaftsvertreter, weder aber NGOs noch Gewerkschaften angehört wurden. Zwar seien diese nach der ersten Verhandlungsrunde befragt, jedoch nicht an den Verhandlungen beteiligt worden (vgl. Ver.di Bundesverwaltung 2013: 5). Zusammen mit weiteren Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltschutzverbänden mahnen der DGB und Ver.di in einer Stellungnahme vor der Absenkung von Standards u.a. im Kultur-, Klima-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherbereich, der Regulatorischen Kooperation und ISDS (vgl. TTIP unfairhandelbar 2015). Seit Juni 2015 unterstützen der DGB und Ver.di aktiv das Aktionsbündnis *Stop TTIP* (vgl. Handelsblatt 2015a).

### 3. Gesellschaft

Die TTIP-Debatte in der deutschen Bevölkerung wird durch die Abkommensgegner dominiert. Während im April 2014 noch 55 Prozent der Deutschen TTIP für „eine gute Sache“ hielten, zeigt sich jetzt ein Stimmungswandel (Pew Research Center 2014a: 5): Ein Jahr später sprechen sich nur 41 Prozent der befragten Deutschen für TTIP aus, während 36 Prozent TTIP für „schlecht“ befinden (Pew Research Center 2015a). Auch das Eurobarometer kommt zu ähnlichen Ergebnissen: 39 Prozent der Deutschen sprechen sich für TTIP auf, 41 Prozent dagegen und 20 Prozent sind noch unentschlossen. Die Umfrage zeigt auf, dass die sog. Generation der Babyboomer (Jahrgänge 1946 bis 1964) und die darauf folgende Generation X (1965-1980) sogar mit 44 Prozent bzw. 43 Prozent TTIP ablehnen (Europäische Kommission 2014: 5). Laut der Kommission hat diese Kritik am Abkommen nichts mit politischem Desinteresse zu tun. Vielmehr sind es „gerade diejenigen, die angeben, besonders viel über europäische Politik zu diskutieren (60 % Ablehnung) und sich für politische Fragen interessieren (54 % Ablehnung)“ (ebd.).

Dieser in der Öffentlichkeit laut artikulierte Widerstand hat seinen Ursprung in einem „kleinen, gut vernetzten Lager von Nichtregierungsorganisationen“ (Bauer 2015a: 1). Kurze Zeit nach der Ankündigung, ein transatlantisches Freihandelsabkommen zu verhandeln, formierte sich im Juni 2013 das Bündnis *TTIP unfairhandelbar*. Mit dem Ziel das Abkommen zu verhindern, sind die Organisationen *Campact e.V.*, *attac Deutschland*, die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*, das *Forum Umwelt und Entwicklung*, *PowerShift e.V.* und der *Bund für Umwelt und Naturschutz* Hauptinitiatoren für gezielte Proteste in Form von Informationsveranstaltungen, De-

monstrationen, Bürgerdialoge und Unterschriftenaktionen (vgl. Bauer 2015a: 5). Mittlerweile zählt das Bündnis mehr als 70 Unterstützerorganisationen, darunter Gewerkschaften, Umweltverbände, kirchennahe Vereine und Globalisierungsgegner. Konkret warnen sie vor der Herabsenkung von Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherstandards und der Aushebelung nationaler Gerichte durch ISDS (vgl. TTIP unfairhandelbar 2015).

Mit dem Ziel, das Abkommen zu stoppen und den Einfluss auf die EU-Ebene auszuweiten, gründeten die deutschen Organisationen das europaweite Partnerbündnis *Stop TTIP*. Um als *Europäische Bürgerinitiative* (EBI) von der Europäischen Kommission anerkannt zu werden, musste *Stop TTIP* mindestens eine Millionen Unterstützer in Form von Unterschriften vorlegen. Mithilfe eines professionellen Online-Auftritts in allen relevanten sozialen Netzwerken hatten bis Juni 2015 2,19 Millionen Menschen die Online-Petition unterzeichnet (Stop TTIP 2015). Ein entsprechender Antrag wurde von der Kommission aus formellen Gründen abgelehnt, da TTIP formal nur ein Verwaltungsakt ist, EBIs hingegen nur befugt sind, Rechtsakte anzufechten (vgl. Efler 2014: 2). Die Dominanz der deutschen Protestbewegung zeigt sich vor allem darin, dass *Stop TTIP* vom deutschen Verein *Campact* koordiniert wird (vgl. Bauer 2015a: 7) und mehr als die Hälfte aller Petitionsunterzeichner aus Deutschland stammen (Stop TTIP 2015). Martin Köhler, handelspolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament, spricht sogar vom „*Imperialismus der deutschen NGOs auf europäischer Ebene*“ (Köhler 2015).

Diese Entwicklung „*vom Internet-Aktivismus zum Massenprotest*“ (Bauer 2015a: 7) hat dafür gesorgt, dass der Großteil der Deutschen schon von TTIP gehört hat und Schlagworte der Protestbewegung wie Genmais, Chlorhühnchen und Hormonfleisch damit assoziiert. Laut einer Sentiment-Studie der *Konrad-Adenauer-Stiftung* erreichen vor allem negativ besetzte Begriffe in Online-Medien einen hohen Grad an Mediendurchdringung. Bspw. sind rund 70 Prozent der Online-Beiträge zu TTIP mit Begrifflichkeiten wie Klimaschutz, Datenschutz, Kulturförderung und Senkung von Standards durch ihre Textur und Wortwahl negativ. Sogar im Allgemeinen positiv besetzte Begriffe wie Bürokratieabbau, Zollabbau und Wirtschaftswachstum werden in 60 Prozent der Fälle in TTIP kritischen Beiträgen verwendet (ebd.). Ferner machen die Positionen von *Campact* und *Stop TTIP* insgesamt „*92 Prozent der Kommunikation zu TTIP bei Twitter und Facebook*“ aus (Bauer 2015b: 1). Laut derselben Studie

nehmen klassische Online-Nachrichtenportale wie *Spiegel Online* in 55 Prozent der Beiträge über TTIP Bezug auf die Protestgruppen, in 19 Prozent der Beiträge auf Positionen von Wirtschaftsverbänden (Bauer 2015b: 8). Aufgrund dessen bemängeln TTIP-Befürworter, dass die öffentliche Meinung verzerrt dargestellt werde: „Die Medien haben teilweise ihre Rolle als objektive Beobachter aufgegeben und betreiben Interessenspolitik. Das hat maßgeblich die Meinungsbildung beeinflusst“ (Mildner 2015). Zusätzlich verleihen TTIP-kritische Bestseller wie „Die Freihandelslüge“ von Verbraucherschützer Thilo Bode oder „Der große Ausverkauf“ von Journalist Franz Kotteder dem Protest eine intellektuelle Stimme. Vor allem in Diskussionsrunden und Streitgesprächen sind es Autoren wie Bode, die in den Medien als Vertreter der Bevölkerung auftreten.

#### 4. Zwischenergebnis

Abschließend lässt sich sagen, dass TTIP in Deutschland zwar kein tagespolitisches Thema im eigentlichen Sinne ist, da sich Politiker im allgemeinen wenig dazu äußern.

Tabelle 1: Übersicht zu den Reaktionen aus der deutschen Politik

Politische Reaktionen		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Bundesregierung	CDU/CSU	✓	✓	✓	✓
	SPD	✓	✗	✗	✓
Oppositionsparteien	Die Linke	✗	✗	✗	✗
	Bündnis 90/ Die Grünen	✗	✗	✗	✗
Außerparlamentarische Parteien	AfD	✗	✓	✓	✓
	FDP	✓	✓	✓	✓
Politische Beratung	SVR	✓	✓	✓	✓

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschieden – ○; Ablehnend – ✗

Nichtsdestoweniger sind die Positionen der Parteien bekannt (s. Tab. 1) und vor allem Bundeswirtschaftsminister Gabriel und sein Staatssekretär Matthias Machnig werben stellvertretend für die Bundesregierung für das Projekt. Kritik kommt von den

Parteien der parlamentarischen Opposition, die das Abkommen in seiner jetzigen Form stoppen möchten. Die Hauptargumente sind die Intransparenz der Verhandlungen, die Schiedsgerichtsbarkeit und die Angst vor einer Absenkung von Standards im Bereich Arbeitsrecht, Verbraucher- und Klimaschutz.

Tabelle 2: Übersicht zu den Reaktionen aus der deutschen Wirtschaft

Reaktionen der Wirtschaft		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Wirtschaftsverbände	BDI	✓	✓	✓	✓
	DIHK	✓	✓	✓	✓
	VDA	✓	✓	✓	✓
	BVWM	✓	○	✗	○
Gewerkschaften	DGB	Früher ○ Aktuell ✗	✗	✗	✗
	Ver.di	Früher ○ Aktuell ✗	✗	✗	✗

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschlossen – ○; Ablehnend – ✗

Aktive Werbung für das Abkommen betreibt die deutsche Industrie (s. Tab. 2), die sich für den Abbau von Zöllen wie auch für die Harmonisierung von Standards einsetzt. Unstimmigkeiten gibt es beim Thema ISDS, da der BVWM die Verfahrenskosten für kleine und mittelständische Unternehmen als existenzbedrohlich einstuft. Ablehnung kommt von Seiten der Gewerkschaften, die vor allem die Arbeitsschutzgesetze in den USA als unzureichend kritisieren.

Tabelle 2: Übersicht zu Reaktionen aus der deutschen Gesellschaft

Gesellschaftliche Reaktionen		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Bevölkerung		✗	–	–	–
NGOs/ Aktionsbündnisse	TTIP unfairhandelbar	✗	✗	✗	✗
	Globalisierungs kritische NGOs (Campact, attac, BUND, etc.)	✗	✗	✗	✗
	Stop TTIP	✗	✗	✗	✗

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschlossen – ○; Ablehnend – ✗

Der Großteil der Kritik kommt aus der Gesellschaft (s. Tab. 3). Initiator des Massenprotestes *Stop TTIP* ist die NGO *Campact*, die dafür gesorgt hat, dass TTIP in der



Medienöffentlichkeit Aufmerksamkeit findet. Die scharfe Kritik richtet sich nicht nur an die Inhalte des Abkommens. Es wird zudem bemängelt, dass die Verhandlungen geschlossen stattfinden und deshalb intransparent seien.

### III. CASE STUDY II: USA

Die Vereinigten Staaten verhandeln nicht nur TTIP, sondern parallel das Abkommen *Trans-Pacific Partnership* (TPP), das eine Freihandelszone zwischen den USA, Kanada, Australien, Chile, Japan und acht weiteren asiatischen Staaten schaffen und ein wirtschaftliches Gegengewicht zu China bilden soll. Da die Verhandlungen von TPP weiter fortgeschritten sind, herrscht in Washington die weitverbreitete Meinung, der Erfolg von TPP entscheide auch über den Ausgang von TTIP (vgl. Lefkin 2015; Sparding 2015). Somit sind die Reaktionen auf TPP auch bedeutend, wenn es um die Beurteilung der Reaktionen auf TTIP geht.

#### 1. Politik

US-Präsident Barack Obama und sein Handelsbeauftragter Michael Froman gelten innerhalb der demokratischen Partei als *die* Befürworter beider Freihandelsbündnisse. In der *State of the Union Address* forderte Obama die Verhandlungen beider Abkommen sobald wie möglich abzuschließen. Obwohl laut Umfragen bei Wählern 60 Prozent der Demokraten und nur 44 Prozent der Republikaner TTIP unterstützen (Pew Research Center 2014a: 1), sind unter den Parteifreunden Obamas die lautesten Kritiker der Bündnisse. Senatorin Elizabeth Warren gehört zum linken Flügel der Partei und gilt als Anführerin des Widerstands im *Democratic caucus*. Neben den geheim abgehaltenen Verhandlungen kritisiert sie ISDS, weil Konzerne so die US-Gerichtsbarkeit auf Kosten der Steuerzahler unterliefen (vgl. Warren 2015). Sie warnt davor, „*dass Umweltvorschriften gelockert, Sozialstandards abgesenkt und Finanzkontrollen zurückgerollt werden könnten*“ (Koch 2015). Nachdem Warren von Obama zur Überwachung des US-Bankenrettungsschirms (TARP) 2008 eingesetzt und ihre Expertise für den *Dodd–Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act* eingeholt wurde, befürchtet sie, ein Aushebeln von Inhalten des Dodd-Frank Acts durch die Harmonisierungsmaßnahmen der Finanzregulierungen in TTIP (vgl. Koch 2015; Lefkin 2015).

Zudem verweisen verschiedene Demokraten auf das *Nordamerikanische Freihandelsabkommen* (NAFTA) zwischen den USA, Kanada und Mexiko aus dem Jahr 1993. Hier seien ähnliche volkswirtschaftliche Vorteile beworben worden. Doch im Endeffekt seien die Löhne im Produktionssektor stark gefallen und zahlreiche Jobs ins Ausland ausgelagert worden (vgl. Weisman 2015). Diese Haltung zeigt sich auch bei Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton, die als ehemalige Außenministerin zunächst für die Abkommen einstand. Seit Kritik aus beiden Seiten des Kongresses laut wird, „gibt sie Positionen auf, deren geostrategische Bedeutung sie noch im vergangenen Jahr betont hatte“ (Handelsblatt 2015b). Dennoch scheinen die Demokraten TTIP im Gegensatz zu TPP weniger abzustrafen: „*The Democrats, while reticent, are more likely to support TTIP than TPP because they perceive Europe has similar environmental, labour and safety standards*“ (Lefkin 2015).

Auf der anderen Seite stehen die Republikaner, die das Vorantreiben der Globalisierung und den freien Handel grundsätzlich begrüßen. Da die Partei in beiden Häusern des Kongresses die absolute Mehrheit besitzt, ist die Zustimmung aus ihren Reihen für die Realisierung von Obamas letztem großen Amtssakt von größter Bedeutung. Dieser warb zusammen mit Froman für den *Bipartisan Congressional Trade Priorities and Accountability Act of 2015*, eine sog. *Trade Promotion Authority* (TPA). TPA, umgangssprachlich auch *fast-track*, ist in den USA ein gängiges Instrument der Generalbevollmächtigung des Präsidenten durch den Kongress für die Aushandlung von Handelsabkommen. Der Kongress verzichtet dabei auf das Recht, das Abkommen im Detail zu gestalten. Damit es in Kraft tritt, muss er es aber nach Fertigstellung verabschieden. TPA gilt für einen bestimmten Zeitraum, der im aktuellen Fall drei Jahre beträgt (vgl. Lefkin 2015; Sparding 2015; Office of the United States Trade Representative 2015).

Da sich der Großteil der Demokraten zunächst gegen TPA aussprach, benötigte es drei Abstimmungsrounden in beiden Häusern des Kongresses, um eine Einigung zu erzielen. Im dritten Anlauf erteilte das Repräsentantenhaus (286 zu 138) und eine Woche später der Senat (60 zu 38) Obama das Mandat (Waschinski 2015). Ausschlaggebend für die Demokraten soll eine Zusicherung der Republikaner gewesen sein, ein aus den 1960er Jahren stammendes Hilfsprogramm zu verlängern. Obwohl die Republikaner den freien Handel und Zollabbau grundsätzlich befürworteten, lehnte zunächst ein Teil von ihnen TPA ab. Hintergrund war, dass sie dem Präsidenten

nicht noch mehr Befugnisse erteilen wollten. Auch versuchten sie, jeglichen politischen Erfolg für Obama und seine Partei im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen zu vermeiden (vgl. Sparding 2015, Weismann 2015).

Eine große Rolle im politischen System der USA spielen Think Tanks. Sie dienen im Entscheidungsprozess „als zentrales Koordinations- und Steuerungselement, mittels dessen die vielfach untereinander verflochtene Machtelite ihren Einfluss geltend macht“ (Dye 1978: 311). Sie kommentieren kontrovers diskutierte Themen wie TTIP. Der etablierte *Carnegie Endowment for International Peace* Think Tank preist TTIP für seine „immensen politischen Rückwirkungen für den wiederbelebenden Westen“ (Dempsey 2014). Der auf Freihandel ausgerichtete *Atlantic Council* spricht sich in seinen Publikationen für TTIP und insbesondere für TPA aus. Er warnte im Vorfeld, dass eine erneute Ablehnung im Repräsentantenhaus dazu führe, dass weder TPP noch TTIP in absehbarer Zeit in Kraft treten. Da die beteiligten Länder von TTIP und TPP zusammen weit mehr als die Hälfte des weltweiten Handels ausmachen, seien sie zudem in der Lage, neue global führende Standards zu setzen. Als starke Handelsmacht gegenüber China soll mit TPP verhindert werden, dass China als führende Wirtschaftsmacht in naher Zukunft die Umwelt- und Arbeitsstandards am Weltmarkt diktieren kann (vgl. Luxner 2015).

Nicht ganz so euphorisch sieht das libertäre *Cato Institute* das transatlantische Freihandelsabkommen. Gleichwohl der Think Tank grundsätzlich den Abbau von Zöllen und redundanten Produktstandards begrüßt, kritisiert das Institut den ISDS-Mechanismus. Neben dem Argument, dass es sich bei den USA und den europäischen Staaten um voll entwickelte Rechtssysteme handelt, wird bezweifelt, dass ISDS Investoren effizient vor juristischer Willkür bewahren kann (vgl. Lester 2014; Yackee 2015: 4). Da ISDS bestenfalls nur einen marginal vorteilhaften Effekt haben könne, wäre es ratsamer, sich bei TTIP auf klare Vorteile wie den Abbau von protektionistischen Handelsschranken zu konzentrieren. Ferner hält es das *Cato Institute* für verzichtbar, Lösungen bei den Problemen von geographisch festgelegten Produktbeschreibungen zu finden. Während in der EU häufig bestimmte Produktnamen auf der regionalen Herkunft des Lebensmittels basieren (bspw. Parma-Schinken aus der italienischen Provinz Parma), weigert sich die USA diese Bestimmungen zu übernehmen. Unstimmigkeiten wie diese sollten einfach akzeptiert und darauf bewusst in TTIP verzichtet werden (vgl. Lester 2014).

## 2. Wirtschaft

Die exportstarken Branchen der US-Wirtschaft wie die Industrie positionieren sich klar für die Freihandelsabkommen: „*The main supporters of TPP and TTIP are the major airplane, machine tool, pharmaceutical and other product manufacturers.*“ (Lefkin 2015) Als Sprachrohr der Freihandelsunterstützer dient die einflussreichste Interessensgruppe im Bereich Handel, die amerikanische Handelskammer (vgl. Edwards et al. 2006). Als Mitinitiator der Koalition *Trade Benefits America* warb sie zusammen mit knapp 400 Unternehmen und Verbänden wie Ebay, UPS, Daimler und BASF für die Verabschiedung von TPA. Im Zuge dessen veröffentlichte die *U.S. Chamber of Commerce* auf ihrer Webseite mehrfach Telefonnummern von Abgeordneten. Unternehmen und Arbeitnehmer sollten auf diesem Weg ihre Zustimmung bei ihrem zuständigen Abgeordneten mitteilen. Diese Methode ist im politischen Entscheidungsprozess „*ein gängiges Mittel*“, wenn es um bevorstehende Abstimmungen im Kongress geht (Sparding 2015). Bis Ende Mai gingen laut Handelskammer mehr als 100.000 Unterstützeranrufe und -briefe im Abgeordnetenhaus ein (Murphy 2015).

Neben der US-Handelskammer werben auch die *American Chambers of Commerce in Europe* (AmChams) in einem offenen Brief für TTIP und TPA. Die 44 AmChams vertreten rund 17.000 Firmen auf beiden Seiten des Atlantiks und weisen darauf hin, dass 40 Prozent des transatlantischen Handels intra-industriell ist. Eine Abschaffung der darauf geltenden Zölle im Rahmen von TTIP soll die globale Wettbewerbsfähigkeit erheblich steigern (vgl. AmChams 2015).

Eine einflussreiche Vereinigung innerhalb der Handelskammer ist der Mittelstandsverband *National Association of Manufacturers* (NAM). Da jeder fünfte Job in den USA vom Handel abhängig ist, betont der Verband, dass ein Großteil (97 Prozent) des US-Exportes von kleinen und mittelständischen Unternehmen (SME) mit weniger als 500 Mitarbeitern bestritten wird (Dempsey 2015a). Deshalb seien insbesondere SMEs die Profiteure von TTIP, da diese Zölle, unterschiedliche Zulassungsnormen und Beschränkungen besonders treffen: „*Among the many beneficiaries of TTIP, perhaps small businesses stand to gain the most. [...] but they lack the resources of large firms to navigate what can feel like a maze of regulations and obstacles to trade*“ (Froman 2014). Laut einer Studie des *Atlantic Council* seien für 73 Prozent der in die EU exportierenden SMEs Zölle und Abgaben erhebliche Handelshindernisse.

Zudem empfinden 59 Prozent der Unternehmen die unterschiedlichen regulatorischen Prozesse als erschwerend (Workman 2014: 8).

Die Gewerkschaften, insbesondere der Dachverband *American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations* (AFL-CIO), üben maßgeblichen Einfluss aus, die Abkommen in ihrer jetzigen Form zu verhindern. Letzterer tritt in den letzten Jahrzehnten verstärkt gegen den Außenhandel zum Schutz heimischer Arbeitsplätze ein. Zwar räumt der AFL-CIO einerseits zurückhaltend ein: „*increasing trade ties with the EU could be beneficial for both American and European workers*“ (AFL-CIO 2015). Andererseits warnt der Verband jedoch eindringlich vor den „rückständigen“ Arbeitsgesetzen und dem niedrigen Lohnniveau in osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten wie Rumänien, Bulgarien, Zypern und Ungarn. Somit könnten ähnlich wie bei NAFTA amerikanische Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden. Gleichzeitig lobt er aber die grundsätzlich hohen Arbeitsschutznormen in der Union und hofft, dass sich diese auf die USA übertragen. Im Zuge dessen fordert er auch die Ratifizierung der ILO-Arbeitsnormen durch die USA. Ferner kritisieren die Arbeitnehmervertreter die intransparenten Verhandlungen und lehnen auch deshalb die *fast-track authority* ab (vgl. ebd.).

Diese kritische Haltung tragen die Gewerkschaften auch an die Demokraten heran: „*They are active in Democratic campaigns and also a major funding source for Democratic candidates for elected office*“ (Lefkin 2015). Deshalb greift AFL-CIO auch öffentlich TPA-Befürworter der Demokraten an. Ami Bera, demokratischer Abgeordneter aus Sacramento, Kalifornien erhielt in zwei Wahlkämpfen die finanzielle und ideelle Unterstützung der Gewerkschaft und konnte damit einen knappen Sieg in einem hart umkämpften *swing district* erringen. Seit er Mitte Mai gegen den Willen der Demokraten und der AFL-CIO für TPA stimmte, wird er öffentlich von der Gewerkschaft denunziert. Neben lauter Kritik durch den AFL-CIO Pressesprecher in verschiedenen Medien musste sich Bera eine große Lieferung Wattestäbchen gefallen lassen mit der Aufforderung, er solle sich die Ohren putzen (vgl. Weisman 2015).

### **3. Gesellschaft**

Trotz lautstarker Reaktionen aus der amerikanischen Politik und Wirtschaft auf TPA und die Abkommen ist die Debatte momentan auf Washington beschränkt (vgl. Sparding 2015). Die Umfragen bestätigen diese Beobachtung: Die Hälfte der US-

Bevölkerung vertritt die Ansicht, die Politik solle sich auf innerstaatliche Probleme fokussieren. Zudem geben 28 Prozent der Amerikaner an, nichts oder zu wenig über TTIP gehört zu haben, um das Abkommen beurteilen zu können. (vgl. Pew Research Center 2015b: 9 f.).

Der Bevölkerungsteil, dem TTIP bekannt ist, befürwortet es größtenteils. Demnach halten 50 Prozent der Amerikaner TTIP für eine gute Sache, 21 Prozent lehnen es ab (Pew Research Center 2015b: 10). Gleichzeitig zeigt die Umfrage, dass 67 Prozent der jüngeren Amerikaner zwischen 18 und 29 Jahren das Abkommen unterstützen, während nur 45 Prozent der Generation 50-Plus TTIP begrüßen (Pew Research Center 2014a: 1). Der ablehnende Teil der Bevölkerung befürchtet, dass TTIP Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten vernichte und der stärkere Wettbewerb zu niedrigeren Löhnen führen könne (vgl. Lefkin 2015).

Ähnliche Kritik führt die globalisierungskritische NGO *MoveOn.Org* an: „[...] *it will mean a loss of U.S. jobs and pressure to hold wages down for those that remain*“ (Cohen 2015). Mithilfe einer Online-Petition versucht die Organisation TPA und TPP zu stoppen, die bis Mitte Juni etwa 50.000 Amerikaner unterzeichnet haben. Nach Ansicht von *MoveOn.Org* unterwandere TPA die Demokratie, da der Kongress aus den ohnehin nicht-öffentlichen Verhandlungen herausgehalten werde und dem Vertrag nur zustimmen oder ihn ablehnen könne. Eine weitere Befürchtung ist die Herabsenkung von Standards: „*The deal gives special rights and benefits to companies that offshore investment and jobs and allows multinational corporations to sue governments if they legislate improvements in environmental, labor, consumer or health standards*“ (ebd.). Besonders im Hinblick auf TPP befürchten *MoveOn.Org* und andere Verbraucherschutzorganisationen, dass Niedriglohnländer wie Vietnam die Freihandelszone nutzen, um ohne die Einhaltung von amerikanischen Standards erleichterten Marktzugang zu bekommen und so die US-Wirtschaft nachhaltig schädigen (vgl. Lefkin 2015). Auffällig ist, dass *MoveOn.Org* explizit vor TPP warnt, aber TTIP nur einmal als dessen „böser, europäischer Cousin“ Erwähnung findet (MoveOn.Org 2015).

#### **4. Zwischenergebnis**

Insgesamt zeigt sich, dass die Akteure auf den unterschiedlichen Untersuchungsebenen zum Thema TTIP gespalten sind. Hintergrund ist, dass die US-Regierung parallel ein zweites Freihandelsabkommen im pazifischen Raum verhandelt, das bei

vielen auf Kritik stößt. Dadurch überträgt sich die teils negative Stimmung auch auf das transatlantische Abkommen.

Tabelle 4: Übersicht zu den Reaktionen aus der US-Politik

Politische Reaktionen		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Demokraten	Regierung	✓	✓	✓	✓
	Democratic Caucus (Senat)	✗	○	✗	○
	House of Representatives	○	○	○	○
Republikaner	Senat	✓	✓	✓	✓
	House of Representatives	✓	✓	✓	✓
Politische Beratung	Carnegie Endowment for International Peace; Atlantic Council	✓	–	✓	✓
	Cato Institute	✓	–	✗	○

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschieden – ○; Ablehnend – ✗

Beide Parteien sprechen sich zwar grundsätzlich für freien Handel aus (s. Tab. 4). Dennoch gibt es große Differenzen innerhalb der demokratischen Partei. Während Präsident Obama das Abkommen befürwortet und die Zustimmung seiner Partei bei der Erneuerung von TPA suchte, stellte sich der Großteil der demokratischen Senatoren dagegen. Im *House of Representatives* war das Stimmungsbild der Demokraten ausgewogener.

Die Republikaner hingegen wollen das Abkommen so schnell wie möglich. Trotzdem gibt es Mitglieder, die zurückhaltender agieren, weil sie aus wahltaktischen Überlegungen Obama keinen politischen Erfolg gönnen. Dieses ambivalente Stimmungsbild zeigt sich auch bei den politischen Beratungen.

Tabelle 5: Übersicht zu den Reaktionen aus der US-Wirtschaft

Reaktionen der Wirtschaft		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Wirtschaftsverbände	AmChams	✓	–	✓	✓
	NAM	✓	–	✓	✓
Gewerkschaften	AFL-CIO	✓	✗	✗	○

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschlossen – ○; Ablehnend – ✗

Unterstützung kommt aus der Wirtschaft (s. Tab 5.): Sowohl die Handelskammer als auch der Mittelstand befürworten TTIP und dessen Inhalt. Ablehnung kommt hingegen aus den Gewerkschaften, die den Verlust von Arbeitsplätzen befürchten.

Tabelle 6: Übersicht zu den Reaktionen aus der US-Gesellschaft

Gesellschaftliche Reaktionen		TTIP allgemein	Transparenz	ISDS	Angleichung der Standards
Bevölkerung		✓	–	–	✓
NGOs/ Aktionsbündnisse	MoveOn.Org	✗	✗	✗	✗

Eigene Darstellung (vereinfacht); Legende: Zustimmung – ✓; Unentschlossen – ○; Ablehnend – ✗

Der Großteil der amerikanischen Bevölkerung unterstützt das Abkommen (s. Tab. 6). Jedoch hat ein gutes Viertel der Amerikaner noch nichts von TTIP gehört. Trotzdem kommt vereinzelter Protest, insbesondere gegen ISDS, aus NGOs.



## IV. ANALYSE

Im folgenden werden die Reaktionen in Deutschland und den USA getrennt nach den drei Ebenen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft untersucht und die Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet.

### 1. Politik

In der folgenden Analyse werden die politischen Akteure Regierung, Parteien und Institutionen der politischen Beratung getrennt betrachtet. Diese teilen zwar oft die gleichen Meinungen zu TTIP und seinen Inhalten, reagieren aber unterschiedlich.

#### REGIERUNG

Für die amerikanische Regierung scheint das Thema TTIP aktuell einen hohen Stellenwert zu haben. Im Januar sprach sich der Präsident in der Ansprache zur Lage der Nation für TPA und die beiden Freihandelsabkommen aus: *„China wants to write the rules for the world’s fastest-growing region. That would put our workers and our businesses at a disadvantage. [...] We should write those rules. [...] That’s why I’m asking both parties to give me trade promotion authority to protect American workers [...]“* (Obama 2015). Gleichzeitig finden die Abkommen Resonanz in den amerikanischen Medien, die regelmäßig über die Fortschritte der Verhandlungen und TPA berichten. Auf der anderen Seite findet das Thema in der deutschen Politik nicht so viel Aufmerksamkeit. Zwar sind die Positionen der Parteien bekannt, doch die Bundesregierung kommentiert die Verhandlungen relativ selten und positioniert sich nicht so medienwirksam wie die amerikanische.

Dies könnte dadurch begründet sein, dass auf deutscher Seite die Kommission, genauer gesagt die ihr untergeordnete Generaldirektion Handel, die Verhandlungen führt. Durch die Kompetenzabgabe gem. Art. 218 AEUV ist die deutsche Regierung formal nicht in die Verhandlungen miteingebunden. Anders verhält es sich bei den USA. Dort sind qua Gesetz der Präsident und der Senat für die Aushandlung von völkerrechtlichen Verträgen zuständig. Im sog. *Treaty Clause*, Art. II der amerikanischen Verfassung ist festgehalten: *„He [the President] shall have power, by and with the advice and consent of the Senate, to make treaties, provided two thirds of the senators present concur [...]“* (Art. II, Section II, Clause II United States Constitution). Da eine permanente Abstimmung zwischen Präsident und Senat bei völkerrechtli-

chen Verhandlungen mit einer Vielzahl von Partnern organisatorisch kaum zu bewältigen und daher wenig sinnvoll ist, verzichtet der Senat in der politischen Praxis auf sein Recht und bestimmt den Präsidenten mittels TPA zum Verhandlungsführer. Die internationale Diplomatie stellt eine wesentliche Verantwortung des Präsidenten dar und hat damit auch Relevanz für die US-Tagespolitik. Auch im Hinblick darauf, dass Obama in seiner letzten Amtszeit ein politisches Erbe schaffen möchte, drängt er als Regierungschef auf die baldige Einigung und möchte die Projekte alsbald möglich erfolgreich beenden.

Für die deutsche Regierung habe der Erfolg oder Misserfolg der TTIP-Verhandlungen eine geringere Relevanz. Sollte es im Zweifelsfall zum Scheitern von TTIP kommen, wäre es vor allem ein Rückschlag für die Kommission, welche die Verhandlungen führt. Ähnliches zeigt sich beim Misserfolg des Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA), das die deutsche Regierung zunächst befürwortete. Obwohl es aufgrund lautstarker Proteste nicht in Kraft trat, wird es im Nachhinein der deutschen Regierung nicht negativ ausgelegt.

Ein weiterer Grund für die unterschiedlichen Reaktionen ist, dass in den USA bis vor kurzem über TPA diskutiert und im Kongress eine konkrete Entscheidung gefällt wurde. Der Kongress sollte das TPA in den letzten zwei Monaten erneuern. Im Zuge dessen warb der Präsident aktiv um die *fast-track authority*, was die Abkommen nochmals auf die tagespolitische Agenda setzte. Insbesondere das Kräftezerren um die Mehrheiten in beiden Häusern sorgte zudem dafür, dass Medien sehr häufig über die Abkommen berichteten. Dem gegenüber steht in Deutschland eine Entscheidung im Bundestag und Bundesrat über TTIP nicht an, denn die parlamentarischen Institutionen befassen sich mit TTIP erst dann, wenn eine finale Fassung des Vertrages zur Unterzeichnung vorliegt.

## **PARTEIEN**

Ähnlichkeiten zeigen sich im Verhalten der Parteien. Die konservativen Parteien beider Staaten, CDU und Republikaner, sprechen sich ganz überwiegend für das Abkommen aus. Dies entspricht dem wirtschaftsfreundlichen Kurs beider Parteien und ihrer Klientel. Die links orientierten Parteien, SPD und Demokraten, sind gegenüber TTIP auch nicht grundsätzlich abgeneigt, teilen aber bestimmte Befürchtungen.

Es zeigt sich, dass sich sowohl die Demokraten als auch die SPD sehr schwer mit der Positionierung zu TTIP tun. Obwohl sie das Abkommen in weiten Teilen befürworten, vermeiden sie es, sich lautstark zu TTIP zu bekennen. Insbesondere die ehemalige demokratische Außenministerin Hillary Clinton, die als „*Architektin der demokratischen Freihandelsagenda*“ vor ihrem Rücktritt aktiv für das Abkommen warb, schlägt in letzter Zeit leisere Töne an und forderte Obama mehrfach auf, die Kritiker zu Wort kommen zu lassen (vgl. Handelsblatt 2015b). Dieser Sinneswandel könnte wahltaktische Gründe haben. Da die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr anstehen, beginnt in den USA das Rennen um die Kandidatennominierung. Es scheint also, dass sich Clinton und auch die Demokraten von ihren vorherigen Positionen verabschieden und weiter nach links bewegen, um ihr soziales Profil gegenüber den Republikanern zu schärfen. Auch bei den Republikanern ist nicht auszuschließen, dass sie sich in letzter Zeit stärker für TTIP eingesetzt haben, um mit ihrer progressiven Freihandelsagenda auf Stimmenfang zu gehen und bei den wirtschaftsfreundlichen Schichten Sympathien zu wecken (vgl. Kollman et al. 1998: 157).

Eine große Rolle für diese Positionierung der Parteien könnten unterschiedliche Wählerschichten sein. In der Wissenschaft spricht man in diesem Zusammenhang von den etablierten, sozio-ökonomischen Konfliktlinien, sog. *cleavages*. Laut Clem Brooks und Jeff Manza sind diese im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf in Rasse, Religion, Klassenzugehörigkeit und Geschlecht zu unterteilen (vgl. Brooks/Manza 1997: 937). Die Umfragen zeigen, dass die Demokraten besonders bei den großen, ethnischen Minderheiten der Hispano-Amerikaner, Asiaten und Schwarzen große Unterstützung finden. Bei der Religionszugehörigkeit gibt es auch klare Präferenzen. Die Republikaner sprechen größtenteils Katholiken, Mormonen und Protestanten ohne Migrationshintergrund an. Afroamerikanische Protestanten, hispanische Katholiken und Atheisten sprechen sich klar für die Demokraten aus. Während ab einem mittleren Jahreseinkommen von mehr als 30.000 die Parteisympathien ungefähr gleich verteilt sind, präferieren Menschen mit einem jährlichen Einkommen von unter 30.000 Dollar die Demokraten. (vgl. Pew Reserch Center 2014b).

Es scheint nachvollziehbar, dass sich die Demokraten im Wahlkampf stärker den Sorgen und Befürchtungen ihrer Wählerschichten, insbesondere der Einkommensschwachen und *blue collar worker* mit Migrationshintergrund, annehmen. Bei diesen Bevölkerungsgruppen dominieren Ängste, sie könnten durch die Ausweitung der

Freihandelszonen ihre Jobs an Billiglohnländer verlieren: „*The main concern within the American society is the perception that free trade has caused a major loss of manufacturing jobs. [...] It is attributed to globalization that has been propelled by low priced shipping and the establishment of manufacturing operations in countries suchs as [...] Vietnam*“ (Lefkin 2015). Ungeachtet davon, ob dies bei NAFTA tatsächlich eine der Folgen war, verweisen die Demokraten immer wieder auf dieses Abkommen. Ihrer Meinung nach hätten Unternehmen hunderttausende Arbeitsplätze in der Produktion nach Mexiko verlegt, um von den niedrigeren Arbeitskosten und lockeren Arbeitsschutznormen zu profitieren. Die Demokraten möchten sich als Retter und Bewahrer dieser Arbeitsplätze positionieren.

Ein ähnlich gespaltenes Bild zeigt sich auch bei der SPD. Als Regierungspartei treten sie wie Obama und seine Regierung grundsätzlich für TTIP ein, obwohl wichtige Wählerschichten der SPD wie die Sozialschwachen und Arbeiter die gleichen Befürchtungen wie in den USA teilen. Dies erklärt möglicherweise, warum die SPD aus wahltaktischen Überlegungen heraus auf Stellungnahmen im Vorfeld der Europawahl 2014 verzichtet hat, da sie sich der Unpopularität des Thema in der eigenen Wählerschaft bewusst war (vgl. Rossbach/Sattar 2014). Im damaligen Wahlprogramm der Sozialdemokraten findet sich an keiner Stelle der Begriff TTIP. Zwar befürwortet sie den „*Ausbau der weltweiten Handelsbeziehungen*“ und spricht einmal vom „*Freihandelsabkommen mit den USA*“, fordert aber im gleichem Satz „*substanzielle Fortschritte im Bereich des Schutzes der Privatsphäre und der Bürgerrechte*“ (SPD 2014: 13). Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass sich die SPD weiteren Wählerschichten öffnen möchte. Mit Themen wie Privatsphäre und Bürgerrechten möchte sie auch intellektuellere Schichten wie Beamten und Wähler mit akademischer Bildung ansprechen. Das aktive Werben für das Abkommen seit den Wahlen, insbesondere durch Sigmar Gabriel, hängt einerseits mit seiner Position als Wirtschaftsminister zusammen. Andererseits könnte die SPD anstreben, beim Thema Wirtschaftskompetenz der CDU den Rang abzulaufen.

Aufgrund der Parteienvielfalt in Deutschland fächert sich die Opposition dort breiter auf als in den USA. Die FDP vertritt wirtschaftsliberale Positionen und ist somit mit ihrer ideologischen Positionierung nah bei den Republikanern anzusiedeln. Dementsprechend tritt sie für TTIP ein. Die AfD steht für eine sehr rechte Positionierung und könnten daher den Republikanern zugeordnet werden. Gleichwohl sprechen sie sich

eindeutig gegen TTIP aus. Dies hängt aber im Wesentlichen damit zusammen, dass TTIP als Projekt von der europäischen Kommission verhandelt wird und die AfD der europäischen Idee feindlich gegenübersteht. Bei den links orientierten Parteien der Oppositionen, die Linken und die Grünen, dominieren dagegen die Zweifel an TTIP. Aus ähnlichen Gründen wie Demokraten rund um Hillary Clinton und Elizabeth Warren werden Befürchtungen wegen lockerer Arbeitsschutznormen, Verlagerung von Arbeitsplätzen, aber auch Aufweichung von Umweltschutznormen und Produktstandards geäußert. Bei der Partei *Die Linke* kommt ein latenter Anti-Amerikanismus hinzu.

## **POLITISCHEN BERATUNG**

Institutionen der politischen Beratung beziehen in beiden Staaten Stellung zu den Abkommen. In Deutschland spricht sich der Rat der Wirtschaftsweisen klar für den Freihandel aus. In den USA löst dagegen das Vorhaben gemischte Reaktionen aus. Der auf Freihandel ausgerichtete *Atlantic Council* tritt für den Abbau von Handelshemmnissen jeglicher Art ein. Ähnliches gilt für das konservativ ausgerichtete *Cato Institute*, das aber ISDS ablehnt.

Ausgehend von den wissenschaftlichen Erkenntnissen entwerfen sowohl der SVR als auch die Think Tanks pragmatische Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger. Beachtlich ist jedoch, dass der deutsche Sachverständigenrat grundsätzlich losgelöst von jeglicher Parteifärbung berät. Es ist davon auszugehen, dass er nach Auswertung seiner wissenschaftlichen Ergebnisse und volkswirtschaftlichen Überlegungen zu diesen Schlussfolgerungen kommt.

Think Tanks hingegen sind nur zum Teil interessenunabhängig wie etwa der *Carnegie Endowment for International Peace* Think Tank, der Anfang des 20. Jahrhundert als wissenschaftliches Forschungsinstitut gegründet wurde. Das Carnegie scheint wie der SVR aufgrund eigener Untersuchungen ohne parteipolitischen Bias zu seinen Handlungsempfehlungen zugunsten von TTIP zu kommen. Andererseits gibt es seit Mitte der 1970er Jahre vermehrt interessenorientierte Beratungsinstitute, „als dessen gemeinsamer Nenner hier die klare Orientierung an den Interessen einer politischen Klientel angenommen wird“ (Gellner/Kleiner 2007: 243 f.). Hierfür ist kennzeichnend, dass Think Tanks in dieser Generation oft die normative *policy*-orientierte

Ebene verließen und sich auf die *politics*-Ebene konzentrierten. Darunter lässt sich auch das libertäre und minimalstaatliche *Cato Institute* fassen (vgl. ebd.). Zudem gibt es eine Reihe an Denkfabriken, die durch ehemalige Politiker, Parteien oder Gewerkschaften gegründet wurden und somit offensichtlich politisch gefärbt sind. Dies zeigt sich auch, indem Politiker nach ihrem Rücktritt aus dem Regierungsgeschehen oft hohe Positionen in einem der Denkfabriken antreten. Formal dürfen sie zwar nicht in den Wahlkampf eingreifen. Trotzdem ist davon auszugehen, dass Statements, insbesondere von parteinahen Think Tanks, von den Parteien aufgenommen werden (ebd.). Somit scheint es nachvollziehbar, dass der *Atlantic Council*, der den Ausbau der atlantischen Beziehungen fördert, sich für TTIP stark macht. Das *Cato Institute* positioniert sich entsprechend der republikanischen Grundüberzeugungen für den freien Handel. Die Ablehnung gegenüber ISDS könnte dagegen dadurch begründet sein, dass er die starke Linie der konservativen Republikaner fährt und jegliche Eingriffe in die Zuständigkeit der amerikanischen Gerichtsbarkeit ablehnt.

## **2. Wirtschaft**

Die Interessensverbände der Wirtschaft in beiden Ländern teilen ähnliche Auffassungen. Dennoch unterscheiden sich die Methoden, wie die Wirtschaftsgruppen ihre Interessen artikulieren. Insgesamt es ist auffällig, dass die deutschen Interessensverbände eher inhaltlich orientiert sind, während die amerikanischen Wirtschaftsgruppen oft auf Simplifizierung der Inhalte und schlagwortartige Argumentationen im Rahmen von provokativen Kampagnen setzten.

### **INDUSTRIEVERBÄNDE**

Die großen Industrieverbände beider Länder, der BDI, DIHK und die US-Handelskammer, befürworten das Freihandelsabkommen und führen dafür die gleichen Gründe an: Ein Abbau der Handelsschranken soll die Wettbewerbsfähigkeit der Partner, die Gewinne der Unternehmen, die Anzahl der Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Wohlstand steigern. Beide Verbände vertreten ähnliche Branchen (u.a. Automobil-, Pharma-, Mineralöl- und Textilindustrie), die auf den Export angewiesen sind.

Trotzdem unterscheiden sich die Methoden der Verbände, wie sie für das Abkommen werben. Die *US Chamber of Commerce* verfolgt eine offensivere Strategie als

der BDI und DIHK. Mit Anrufen und vorgedruckten Briefen sollen US-Bürger ihre Unterstützung bei ihrem zuständigen Abgeordneten kundtun. Taktisch zurückhaltender treten BDI und DIHK in Talkshows auf, veranstalten Podiumsdiskussion bspw. das transatlantische Wirtschaftsforum am 23. Februar 2015 und veröffentlichen regelmäßig Pressemitteilungen. Diese Unterschiede sind durch die politischen Kulturen begründet. Da der Lobbyismus in Deutschland bzw. Europa nach wie vor kritisch beäugt wird („Schattenpolitik“), arbeiten die Lobbygruppen eher konsensorientiert (vgl. von Alemann/Eckert 2006: 3). In der amerikanischen Konkurrenzdemokratie hingegen sind Lobbyisten erwünscht, übernehmen „*die entscheidende Rolle der Interessenartikulation*“ und agieren deutlich professioneller und aggressiver (Gellner/Kleiber 2007: 210). Zudem gilt das amerikanische System als offener und durchlässiger für Interessensgruppen. Politiker werden in Wahlkämpfen nicht nur finanziell von Lobbygruppen unterstützt. Die US-Verbände werben auch im eigenen Namen für den jeweiligen Kandidaten, was in Deutschland der nach außen getragenen Parteineutralität der deutschen Verbände widersprechen würde. In Deutschland soll eine möglichst große Bandbreite an Politikern und Bürgern von Themen überzeugt werden, was eher durch unaufdringliches Verhalten der Wirtschaftsverbände gelingt. Auf diese Weise wirken insbesondere Wirtschaftsverbände weitaus sachorientierter.

## **MITTELSTAND**

Der in beiden Ländern exportstarke Mittelstand befürwortet das transatlantische Abkommen. Es wird von beiden Seiten vielfach argumentiert, dass die kleinen und mittelständischen Unternehmen die großen Profiteure des Abkommens seien, da aktuell Zölle und Zulassungsprozesse besonders sie treffen.

Der US-Verband NAM spricht sich allgemein für den Abbau von Handelshemmnissen aus (vgl. Dempsey 2015a). Der BVMW hingegen wird in seinen Positionspapieren konkreter. Dort fordert er den Abbau tarifärer und nicht-tarifärer Handelshemmnissen ins Zentrum der Verhandlungen zu rücken. Strittige Fragen sollten nicht im Schnelldurchlauf verhandelt werden (vgl. BVWM). Damit verweist er auf die unterschiedlichen Verbraucherschutzstandards. Während in Deutschland nach dem sog. *Vorsorgeprinzip* neue Produkte im Vorfeld des Marktzugangs intensiven Zulassungsprozessen unterzogen werden (vgl. Europäisches Parlament 2002), ist in den USA das sog. *Nachsorgeprinzip* die gängige Methode. Gemäß des *Food Quality Protection Acts of 1996* ist das Inverkehrbringen eines Produktes schon dann zulässig,

wenn er „mit hinreichender Sicherheit kein Schaden zu erwarten ist.“ (vgl. Verbraucherschutzzentrale Hamburg 2014) Erst bei einem beweisbaren Schaden werden im Anschluss Regulierungsmaßnahmen erhoben. Damit scheint die Angleichung der Verbraucherstandards sehr komplex zu werden. Um die Schutzniveaus so hoch wie möglich zu halten, fordert der BVWM deshalb „kritische Teilbereiche aus dem Abkommen herauszunehmen und in einem nachfolgenden Schritt zu harmonisieren“ (BVWM). Die bisher sehr hohen Standards haben dazu geführt, dass der deutsche Mittelstand in vielen Bereichen qualitativ hochwertig produziert. Die Absenkung der Standards würde insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen die Qualität als Alleinstellungsmerkmal nehmen und könnte ihnen wirtschaftlich erheblich schaden. Zusätzlich könnte die zögerliche Haltung dadurch begründet sein, dass eine Harmonisierung die Anpassung an neu geschaffene Standards mit sich bringt, was wiederum mit Kosten verbunden wäre. Der NAM hingegen sieht die Angleichung der Standards weniger kritisch, da dies eine Vereinfachung für den amerikanischen Mittelstand darstellt.

Ferner kritisiert der deutsche Mittelstand lautstark die ISDS Verfahren, wohingegen NAM die Schiedsgerichtsverfahren als essentiell für Freihandelsabkommen bezeichnet (vgl. Dempsey 2015b). Dies könnte dadurch begründet werden, dass die moderne Schiedsgerichtsbarkeit aus den USA stammt und seitdem Bestandteil in völkerrechtlichen Verträgen ist (vgl. Onley 1912: 102). Zudem lässt sich argumentieren, dass Schadensersatzklagen bei Produkthaftungen in den Vereinigten Staaten üblicher sind als in Deutschland und deshalb eine weitgehende Akzeptanz besteht.

## **GEWERKSCHAFTEN**

Die Gewerkschaftsverbände beider Länder halten das Freihandelsabkommen für bedenklich, doch zum Teil aus unterschiedlichen Gründen. Der DGB befürchtet die Absenkung des Arbeitsschutzniveaus. Die AFL-CIO hingegen lobt grundsätzlich die arbeitsrechtlichen Grundlagen in der Union und hofft, dass diese das Niveau des amerikanischen Arbeitsrechtes anheben. Im Zuge dessen fordern beide Gewerkschaftsbündnisse die Ratifizierung der ILO Kernarbeitsnormen. Trotzdem warnt auch die AFL-CIO vor den unzureichenden rechtlichen Bestimmungen in diversen osteuropäischen Ländern. Diese verbunden mit einem geringeren Lohnniveau in Ländern wie Rumänien und Ungarn könnten zu Lohndruck in der USA führen. Es sei es möglich, dass amerikanische Unternehmen ihre Produktionsstätten nach Osteuropa ver-



legen, um günstiger produzieren zu können. Diese Angst ist durch die Erfahrungen mit NAFTA begründet, dem die AFL-CIO Schuld für die Arbeitsplatzverluste in den 1990er Jahren gibt. Die Befürchtungen ähneln stark der Kritik, welche die deutschen Gewerkschaften vor der Einführung des europäischen Binnenmarktes äußerten. Damals hieß es, dass gering qualifizierte Arbeitsplätze ins kostengünstigere Nachbarland abwandern würden. Da sich jedoch die Verschiebungen der Arbeitsplätze zwischen wirtschaftlich starken und schwachen EU-Staaten größtenteils eingependelt haben, wird die Kritik von deutschen Gewerkschaften nicht mehr geäußert.

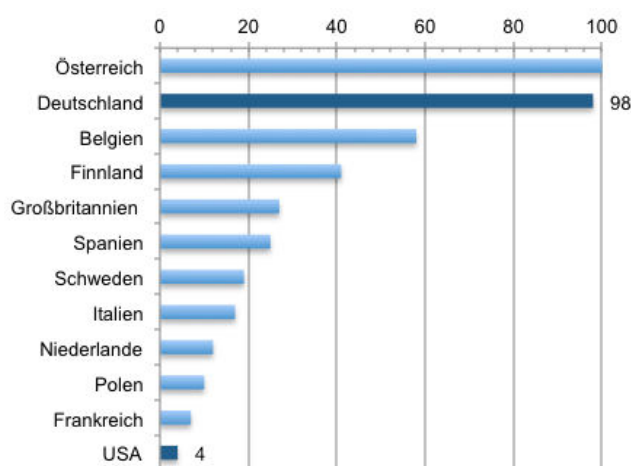
Darüber hinaus unterscheiden sich beide Interessengruppen darin, wie sie ihre Meinungen gegenüber den Parteien artikulieren. Zwar wenden sich beide Gewerkschaftsverbände an die traditionell arbeitnehmerfreundlicheren Parteien, SPD und Demokraten. Dennoch tritt die AFL-CIO weitaus offensiver auf und verurteilte öffentlich demokratische Abgeordnete, die sich für das Abkommen aussprachen. Der DGB agiert zurückhaltender, versuchte im September 2014 einen Kompromiss mit dem SPD geführten Bundeswirtschaftsministerium über strittige TTIP Inhalte zu finden (vgl. DGB 2014). Andererseits unterstützt der DGB das Aktionsbündnis *Stop TTIP* und kritisiert in diesem Rahmen vor allem die Inhalte. Das unterschiedliche Verhalten könnte durch die ideologischen Ursprünge der Parteien begründet sein. Die Demokraten sind zwar die linkere von zwei Volksparteien im amerikanischen Parteiensystem. Dennoch sind sie weit davon entfernt, eine klassische Arbeiterpartei zu sein. Vielmehr ist ihr ideologisches Profil durch einen Fokus auf eine wirtschaftsliberale Politik mit sozialdemokratischen Einflüssen geprägt (vgl. Miller/Schofield 2008: 446). Somit zählen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch zahlreiche Unternehmen zu den Unterstützern der Demokraten. In diesem inhaltlichen Wettbewerb müssen die Gewerkschaften trotz ihres Einflusses demnach lautstark um Aufmerksamkeit kämpfen.

Demgegenüber ist die SPD aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, gilt in Deutschland als die Arbeiterpartei und unterhält enge Beziehungen zu den Gewerkschaften (vgl. Kitschelt 1993: 313). Wegen dieser besonderen Position befinden sich die deutschen Gewerkschaften auch in keinem Wettbewerb mit anderen Interessengruppen innerhalb der Partei und müssen sich nicht wie die AFL-CIO medienwirksam profilieren.

### 3. Gesellschaft

Die Reaktionen in der Gesellschaft könnten nicht unterschiedlicher sein. Die Zahl der Befragten, die sich nicht für TTIP interessieren bzw. keine Meinung zu dem Thema haben, sind in beiden Ländern ähnlich (Deutschland: 20 Prozent; USA: 28 Prozent; Pew Research Center 2015b: 9). Andererseits wird TTIP in Deutschland sehr viel emotionaler diskutiert als in der breiten amerikanischen Bevölkerung. Viele Deutsche sind sehr aktiv und informieren sich vergleichsweise viel über das Abkommen.

#### Grafik 1: Länderspezifisches TTIP-Interesse



Bauer 2015a: 3. Quelle: Google Trends. Eigene Auswertung. Die Zahlen in der Grafik geben an, wie oft im Vergleich zu allen in einer Region im Laufe der Zeit auf Google gestellten Suchanfragen nach „TTIP“ gesucht wurde. Sie stellen keine absoluten Suchvolumenzahlen dar, da die Daten normalisiert sind und auf einer Skala von 0 bis 100 angezeigt werden. Die normierten Suchanfragen je Land werden durch den Höchstwert (Österreich) dividiert und mit 100 multipliziert. Zeitraum: 1. Juli 2013 bis 21. Februar 2015.

Grafik 1 zeigt, wie oft im Zeitraum 1. Juli 2013 bis 21. Februar 2015 auf Google nach dem Begriff TTIP gesucht wurde. Demnach ist das Interesse in Deutschland an TTIP relevanten Themen um ein 25-faches höher als in den Vereinigten Staaten (vgl. Bauer 2015a: 3). Dieses große Interesse im deutschsprachigen Raum sei laut Matthias Bauer, Senior Economist beim europäischen Think Tank *European Centre for International Political Economy*, das Resultat eines institutionalisierten Protests durch ein „kleines, gut vernetztes Lager von Nichtregierungsorganisationen“ (Bauer 2015a: 1).

#### **NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN**

Im Zentrum des deutschen Protests steht die aktionsorientierte Kampagnenorganisation *Campact*. Inspiriert von der amerikanischen NGO *MoveOn.org*, die es seit Ende

der 1990er Jahre gibt, konzentriert sich *Campact* größtenteils auf Online-Petitionen. Beide sprechen ein globalisierungskritisches und umweltschutzorientiertes Publikum an. Anders als thematisch ähnliche NGOs wie *Attac* oder *Greenpeace* verzichten *Campact* und *MoveOn.Org* auf eine feste Mitgliederhierarchie (vgl. Jäger 2007: 373) und bleiben mit ihren Unterstützern über ihre Newsletter in Kontakt. *MoveOn.Org* verfügt aktuell über rund 8 Millionen Newsletter-Abonnenten, *Campact* über rund 1,6 Millionen (Bauer 2015a: 9,12). Aufgrund dieser Merkmale zählen beide NGOs zu den sog. *Hybrid-Organisationen*. Diese kombinieren Internet und „*Mobilisierungselemente, die typisch für soziale Bewegungen sind, mit klassischen Instrumentarien von Interessengruppen und Verbänden.*“ (Voss 2010: 31) Sie zeichnen sich zudem durch eine breite Themen-Palette aus. Auf ihren Webseiten bieten sie deshalb nicht nur Petitionen gegen TTIP bzw. TPA an, sondern rufen auch zum Stopp anderer politischer Entscheidungen auf. Dazu muss der Unterzeichner nichts weiter als seine Kontaktdaten angeben. Demnach ermöglichen Online-Petitionen „*interessierten Bürgern einen besonders niedrigschwelligen Einstieg in den Protest*“ (Bauer 2015a: 8).

Diese moderne Art der Petitionen zielt drauf ab, „*den kleinsten gemeinsamen Nenner nach vorne [zu] stellen und inhaltliche Differenzen [zu] überbrücken.*“ (Jäger 2007: 373) Indem die Kritik an TTIP auf ein Minimum reduziert wird, können die Botschaften ohne weitere Hindernisse über soziale Netzwerke verbreitet werden und dienen so als „*wesentlicher Multiplikator für die Aufrufe und Forderungen der Protestbewegung.*“ (Bauer 2015a: 8) Gepaart mit dezentral organisierten Unterschriftenaktionen und Demonstrationen durch die unterstützenden NGOs können nahezu alle Bürgergruppen jenseits des „*digitalen Bürgers*“ erreicht werden (Vowe 2014: 25). Die auf alle Kanäle ausgerichtete Kampagne soll gerade den Bürgern mit begrenztem Zeitaufwand eine niedrigschwellige Möglichkeit geben, sich am politischen Prozess ohne großen Aufwand zu beteiligen (vgl. ebd.: 9).

Dennoch stellt sich die Frage, weshalb im vorliegenden Fall *Campact* großen Erfolg mit seiner *Stop TTIP*-Kampagne in Deutschland hat, während *MoveOn.org* bisher in den USA nur rund 50.000 Unterschriften gegen das Freihandelsabkommen einsammeln konnte, obwohl beide Organisationen ähnliche Strategien fahren. Ein Grund könnte sein, dass *MoveOn.org* eine Plattform für eine große Anzahl von Kampagnen ist –jeder Besucher der Webseite mit wenigen Mausklicks eine eigene Petition starten kann, die anschließend auf der Seite erscheint. Weitaus selektiver ist *Campact*

bei der Auswahl seiner Kampagnen. Laut Günther Metzges, Geschäftsführender Vorstand bei *Campact*, gibt es sechs Kriterien für den Start einer Kampagne:

- Inhaltliches Matching mit *Campact*-Idealen
- Skandalisierbarkeit: Es werden nur Themen ausgewählt, die einfach vermittelbar und nicht zu komplex sind.
- Mindestmaß an medialer Anschlussfähigkeit: Das Thema sollte auf der politischen Agenda präsent sein.
- Politischer Kristallisationspunkt: Es sollte einen Wendepunkt in einer politischen Entscheidung geben, „aus der die Notwendigkeit einer Mobilisierung zu dieser Zeit begründet werden kann.“
- Kooperationen mit handelsfähigen Partnern: Neben *Campact* sollte es noch Unterstützung von anderen NGOs und Abgeordneten unterschiedlicher Fraktionen geben, die die Kampagne unterstützen
- Anschlussfähigkeit in der Bevölkerung: Das Thema sollte potenziell bei 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung Unterstützung finden, um eine realistische Chance der Durchsetzung zu haben (Metzges 2005: 78 f.).

*Campact* sieht in TTIP alle diese Kriterien als erfüllt an und fokussiert sich in seinen Kampagnen stark auf TTIP. *Campact* kritisierte zunächst in seiner deutschlandweiten Kampagne *TTIP unfairhandelbar* die intransparenten und geheim gehaltenen Verhandlungen (vgl. *TTIP unfairhandelbar* 2013). Dabei traf die Organisation den Nerv der deutschen Gesellschaft, die im Juni 2013 mit den Enthüllungen Edward Snowdens über die Abhöraktionen des US-Geheimdienstes *National Security Agency* (NSA) konfrontiert wurde. Im Zuge dessen wuchs in Teilen der deutschen Bevölkerung ein anti-amerikanisches Sentiment, das *Campact* nutzte, um die Verhandlungen mit den USA zu kritisieren. Gleichzeitig konnten die Aktivisten diese Skepsis auf TTIP-Inhalte wie ISDS lenken und so das Gefühl der Bürger bestätigen, dass die USA als Befürworter externer, nicht rechtstaatlich verankerter Gerichte die Bündnispartner bei TTIP übervorteilt. Hierbei fand *Campact* nicht nur Unterstützung beim globalisierungskritischen Publikum. Vielmehr konnte die Organisation ihr Publikum ausweiten und andere Teile der Bevölkerung ansprechen.

Es verwunderte zunächst zahlreiche Experten, weshalb ein handelspolitisches Thema wie TTIP in Deutschland so viel Aufmerksamkeit erntet (vgl. Mildner 2015; Spar-

ding 2015). Es ist davon auszugehen, dass gerade die politische Stabilität in Deutschland, der vergleichsweise große Wohlstand und der Schwerpunkt auf der europäischen Politik den Fokus der Öffentlichkeit nach Brüssel verlagern. Anders verhält es sich in den USA. Dort dreht sich die Berichterstattung und das Interesse der Bürger vermehrt um aktuelle, innenpolitische Themen wie Polizeigewalt und illegale Migration (vgl. ebd.; Lefkin 2015).

## BEVÖLKERUNG

Ein anderer Faktor ist das unterschiedlich ausgeprägte Vertrauen in Deutschland und den USA in eigene und fremde Verbraucherstandards. Während sich 78 Prozent der Amerikaner dafür aussprechen, die Standards so weit wie möglich anzugleichen, lehnt mehr als die Hälfte der Deutschen die weitgehende Harmonisierung ab (Pew Research Center 2014a: 7).

Tabelle 7: Länderspezifisches Vertrauen in Produktstandards

Americans, Germans Prefer Own Standards				
% trust American/European standards for __				
	U.S.		Germany	
	European Standards	American Standards	European Standards	American Standards
	%	%	%	%
Auto safety	33	55	91	4
Environmental safety	27	60	96	2
Food safety	22	67	94	2

Pew Research Center 2014a: 14.

Dies liegt daran, dass die Deutschen nur in europäische Produktnormen vertrauen. Laut einer Umfrage des *Pew Research Center* vertrauen über 90 Prozent der Deutschen in europäische Autosicherheitsnormen, Umweltschutzrichtlinien und Lebensmittelstandards. Nur zwei bis vier Prozent der Deut-

schen ziehen hierbei amerikanische vor. Die US-Bevölkerung dagegen ist deutlich offener. So vertrauen 55 Prozent der Amerikaner zwar den inländischen Autosicherheitsstandards, aber ein Drittel hält die europäischen Vorgaben für verlässlicher. Auch bei Umwelt- und Lebensmittelnormen sind die Amerikaner aufgeschlossener, sodass rund ein Viertel die europäischen den amerikanischen Standards vorzieht (Pew Research Center 2014a: 8).

Ein Grund für die unterschiedlichen Reaktionen auf die jeweils anderen Standards könnte sein, dass die USA vor allem im Bereich der Lebensmittelvorschriften von der

EU beeinflusst wird: „*Because the EU's policy is the most restrictive, it has had a particular profound effect on U.S. politics*“ (Young 2003: 480). Da die Europäische Union der zweitgrößte Exportmarkt für die USA ist (Office of the United States Trade Representative 2013), müssen sich exportierende Unternehmen an die strikten europäischen Vorschriften halten, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dies zeigt sich bspw. am europäischen Verbot von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln. So verzichteten exportstarke US-Lebensmittelproduzenten wie *Gerber*, *Heinz* und *McCain* auf gentechnisch veränderte Bestandteile in ihren Produkten (vgl. Young 2003: 469). Produzentenverbände wie *American Farm Bureau*, *Biotchnology Industry Organization* und *Grocery Manufacturers of America* sprechen sich zwar nicht für eine Begrenzung auf nicht gentechnisch modifizierte Inhaltsstoffe aus, unterstützen aber das Vorhaben der nationalen Lebensmittelüberwachungsbehörde *Food and Drugs Administration* (FDA), diese Produkte freiwillig zu kennzeichnen (ebd.: 479). Unabhängig davon sind die amerikanische Verbraucher größtenteils von ihren Standards überzeugt. Dies liegt daran, dass es in der EU in den letzten 15 Jahren mehrere aufsehenerregende Lebensmittelskandale wie der EHEC-Virus in Gemüse, Dioxin verseuchte Eier oder BSE in Rindfleisch gegeben hat.

Des weiteren könnten die unterschiedlichen gesellschaftlichen Reaktionen ihren Ursprung in den verschiedenen Arten des bürgerschaftlichen Engagements in der USA und in Deutschland haben. Zwar engagiert sich in beiden Bevölkerungen ungefähr ein Viertel der Bürger ehrenamtlich (Institut für Demoskopie Allensbach 2014: 8; Bureau of Labor Statistics 2014). Dennoch variiert stark, welchen ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgegangen wird.

*Volunteering*, das amerikanische Pendant zum deutschen Ehrenamt, ist laut Alexis de Tocqueville eine ausgeprägte Eigenschaft der amerikanischen Kultur (Lang 2003: 57; de Tocqueville 1990: 114). Grund hierfür ist, dass das offene und egalitäre US-System ein anderes Maß an bürgerschaftlichem Engagement verlangt. Insbesondere Strukturen wie die „*Pluralität gesellschaftlicher Akteursgruppen, fehlende Parteiressourcen als Mediatoren zwischen Öffentlichkeit und Kandidatinnen und Kandidaten; kürzere Wahlzyklen und häufigere Wahlaktivität; [sowie] nichtstaatliche Wahlkampffinanzierung*“ (Lang 2003: 68) setzen die aktive Mitarbeit der Bürger auf kommunaler Ebene voraus. Anders als in Deutschland ist dafür nicht die Parteizugehörigkeit entscheidend. Somit können sich engagierte Bürger ohne große Hindernisse einbringen

und profitieren so von der Durchlässigkeit des Systems. Deshalb ordnen Lester M. Salamon und Helmut K. Anheier die USA in ihrem *social origins* Ansatz dem liberalen Modell zu. Das besagt, dass der Non-profit Sektor, auch aus ideologischen Gründen, relativ unabhängig von staatlichen Zuwendungen agiert und gleichzeitig sehr ausgeprägt ist (vgl. Salamon/Anheier 1998: 240 f.; Anheier 2003: 44 ff.). Kennzeichnend sind hierbei der Verzicht auf einen Wohlfahrtsstaat und der Fokus auf private und privatwirtschaftliche Initiativen. Deshalb fokussiert sich ein Großteil der Freiwilligenarbeit in den USA auf Aufgaben, die aus deutscher Sicht eher sozialstaatlichen Charakter haben. Laut des *Bureau of Labor Statistics* ist die häufigste *volunteering*-Tätigkeit in den USA das Sammeln, Zubereiten und Verteilen von Essen an Bedürftige (10,8 Prozent der Freiwilligenarbeit), dicht gefolgt vom Spendensammeln für andere soziale Projekte (10,3 Prozent) und Lehren in Kindergärten, Schulen, Ausbildungszentren (9,3 Prozent; Bureau of Labor Statistics 2014).

Hiervon unterscheidet sich das korporatistische Modell, das in Deutschland zu finden ist. Im Sozialstaat deutscher Prägung gibt es umfangreiche gesetzliche Sicherungssysteme, welche die allgemeine Versorgung der Bürger zum Ziel haben (vgl. Salamon/Anheier 1998: 242). Da der Non-profit Sektor in Deutschland weniger Aufgaben zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten wie in den USA übernehmen muss, konzentriert sich das Ehrenamt auf andere, eher freizeitorientierte Tätigkeiten. So engagiert sich der Großteil der Ehrenamtlichen in einem Sportverein (37 Prozent), im Bereich Kultur und Musik (22 Prozent) oder in einer kirchlichen Organisation (19 Prozent). Ähnlich weitverbreitet ist das Engagement in einer Partei, in einem politischen Gremium oder einer Initiative (13 Prozent) und in einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband (8 Prozent; Institut für Demoskopie Allensbach 2014).

Es zeigt sich also, dass das Wohlfahrtssystem in Deutschland mehr Raum lässt, sich in (bundes-)politischen Streitfragen zu engagieren. Anders als in den Vereinigten Staaten, wo das *volunteering* häufig auf die kommunale Nachbarschaftshilfe ausgerichtet ist, beteiligen sich die Deutschen stärker in politisch orientierten Organisationen wie Parteien, Initiativen und Gewerkschaften. Das erklärt den deutlich stärker ausgeprägten öffentlichen Diskurs des Themas TTIP in der deutschen Bevölkerung, der vor allem durch die genannten Interessengruppen und NGO angeheizt wurde.

## V. FAZIT UND AUSBLICK

Die Gegenüberstellung der Reaktionen in Deutschland und den USA zeigt, dass TTIP ein Gradmesser für das Vertrauen in die transatlantischen Beziehungen ist. Die Europäische Union, ihre Mitgliedsstaaten und die USA sind durch gemeinsame ideale Werte und demokratische Grundprinzipien verbunden. Im Zuge dessen soll TTIP als Vergrößerung des Wirtschaftsraumes das gegenseitige Vertrauen und die Beziehung vertiefen und Profiteure auf beiden Seiten des Atlantiks schaffen. Anhand der Reaktionen der einflussreichen Akteure in beiden Ländern lässt sich jedoch erkennen, dass es große Meinungsunterschiede über eine solche Intensivierung gibt. Umso erstaunlicher mutet es an, dass ein solch sperriges Thema, wo es um viele komplizierte Fachfragen geht, ein so großes Medienecho beidseits des Atlantiks erfährt und mit großen Emotionen diskutiert wird.

Interessant ist, dass mit Barack Obama ein demokratischer Präsident der Haupttreiber für den Abschluss des Freihandelsabkommens ist, obwohl in seiner eigenen Partei die Meinungen stark gespalten sind. Gleiches gilt in Deutschland für Sigmar Gabriel, der als Wirtschaftsminister Meinungsführer innerhalb der Bundesregierung zum Thema TTIP ist, sich aber harten Kontroversen innerhalb seiner Partei, u.a. durch die Fundamentalopposition des SPD-nahen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ausgesetzt sieht.

In der vorliegenden Arbeit wurden ausführlich die Positionen der verschiedenen Akteure in Deutschland und den USA dargestellt. Auffallend ist, dass innerhalb der Parteiensysteme viele Parallelen bestehen. Die wirtschaftsnahen konservativ und liberal geprägten Parteien zählen zu den Hauptbefürwortern, die linken und grünen Parteien sind eher skeptisch oder lehnen TTIP ab. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Interessenverbänden: Die Wirtschaftsvereinigungen treten für TTIP ein, Gewerkschaften und NGOs sind eher skeptisch und gegen ein Freihandelsabkommen. Das mediale Echo ist entsprechend. Die Trennungslinien in der Bevölkerung sind ähnlich, wenn auch in Deutschland die Diskussion mit erheblich höherer Emotionalität geführt zu werden scheint als in den USA.

Bei den Pro-Argumenten scheinen die Kombattanten dies- und jenseits des Atlantiks kräftig voneinander abgeschrieben zu haben: Es geht um die Abschaffung von Handelsbeschränkungen zur Förderung des Waren- und Dienstleistungsaustauschs, um



die Anerkennung gemeinsamer Produkt- und Arbeitsschutzstandards, insbesondere da man sich der steigenden Konkurrenz aus China bewusst ist und ein Gegengewicht schaffen möchte, und natürlich um Wachstum, Schaffung neuer Arbeitsplätze und zusätzlichen Wohlstands.

Auf der Minusseite steht, dass jede Seite ihre Standards für überlegen hält und man sie nicht durch ein pauschales Abkommen aufgeweicht sehen möchte; aber auch, dass man Angst vor der Wirtschaftskraft des anderen hat und die Verlagerung von Arbeitsplätzen fürchtet. Dieses Misstrauen wird dadurch verstärkt, dass bis vor kurzem über die Details der Verhandlungen wenig bekannt war, da nur ausgesuchte Spezialisten auf beiden Seiten TTIP aushandeln. Dies führt dazu, dass es viele Mutmaßungen über Inhalte des Abkommens gibt, die sich nicht verifizieren lassen, aber große Befürchtungen über entsprechende negative Folgen nähren. Dies zeigt die lautstarke Debatte über die Harmonisierung von Produktstandards in Deutschland, die von Schlagworten wie Genmais und Chlorhühnchen geprägt ist. Diese vorurteilsbehafteten Begriffe machen deutlich, dass es statt der sachlichen Kritik an Inhalten vielmehr ein generelles Misstrauen gegen die Verbraucherschutznormen in den USA gibt.

Obwohl in Deutschland seit jeher ein großes Misstrauen über eine mögliche Regulierungswut der Europäischen Union besteht, werden im Rahmen von TTIP genau diese Standards als überlegen gegenüber den amerikanischen angesehen. Umgekehrt sind den amerikanischen Verbrauchern einige Nahrungsmittelskandale wie BSE infiziertes Fleisch oder Dioxin verseuchte Eier immer noch gewärtig, sodass man Furcht vor einer Abweichung der eigenen Sicherheitsstandards bei einer Akzeptanz der europäischen Regelungen hat.

Damit wird gleichzeitig die Komplexität des Freihandelsaufkommens aufgezeigt. Es geht letztlich um die Akzeptanz gegenseitiger Regelungen, die in vielen Jahren nach langen parlamentarischen Diskussionen in den jeweiligen Rechtsräumen Gesetz geworden sind. Mit der gegenseitigen Anerkennung solcher Normen wird ein Teil der eigenen Souveränität aufgegeben, was großes Vertrauen in die Institutionen, die solche Normen schaffen, und die Werte, die sie vertreten, auf amerikanischer und europäischer bzw. deutscher Seite verlangt.

In Deutschland kommen verschiedene Akzente hinzu. Zum einen gibt es ein latentes Misstrauen gegenüber dem großen Bruder Amerika, der seine eigenen Interessen nicht immer feinfühlig gegenüber den alliierten Partnern verfolgt. Diese Skepsis hat zuletzt stark zugenommen im Zusammenhang mit den Aufdeckungen von Edward Snowden und den Abhörskandalen der NSA. Zum anderen sitzt Deutschland selbst nicht am Verhandlungstisch, sondern die Europäische Kommission. Hier zeigt sich hier ein unterschwelliges Misstrauen der deutschen Gegner gegenüber den europäischen Institutionen, denen sie nicht zutrauen ihre Interessen ausreichend zu vertreten.

Ferner gibt es die TTIP kritischen Opponenten, die große Gefahren in einer zunehmenden Globalisierung sehen. Sie fürchten, dass Schutznormen für die Umwelt, die Arbeitswelt, den fairen Handel oder Sozialstandards zugunsten des wirtschaftlichen Wachstums aufgegeben werden. Diese Gruppe ist in Deutschland, einem Land, das sehr viel stärker vom Export als die USA abhängt, einflussreicher als in den Vereinigten Staaten. Dies ist unter anderem durch die Parteiensystemen bedingt: In Deutschland gibt es neben den beiden großen Volksparteien auch kleinere Parteien, die sich Themen wie Umweltschutz und einem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme verschrieben haben. In den USA hingegen wird die Parteienlandschaft von zwei großen Parteien dominiert, die beide die wirtschaftliche Prosperität und das freie Unternehmertum im Fokus haben und von schwergewichtigen Lobbygruppen aus der Wirtschaft stark beeinflusst werden.

Es bleibt zu hoffen, dass es wieder zu einer Annäherung zwischen Amerika und Europa kommt. Das gegenseitige Vertrauen in einen ähnlichen Wertekanon könnte dann dazu führen, dass man die Kooperation ausbaut und gegenseitiges Misstrauen abbaut. Die Diskussion über ein neues Freihandelsabkommen bietet hierfür eine gute Grundlage. Dies setzt Offenheit und Transparenz auf beiden Seiten voraus. Zumindest in den Zielen besteht weitgehende Einigkeit: Mit der Anerkennung gemeinsamer Normen möchte man westliche Standards setzen, u.a. im Bereich Umwelt, Lebensmittelsicherheit und Arbeitsschutz und durch zusätzliches Wachstum den Wohlstand mehren.

Die politischen Entscheidungen der letzten Wochen zeigen, dass der Weg in diese Richtung geht. Die Erneuerung von TPA durch den amerikanischen Kongress hat die Wahrscheinlichkeit, dass TTIP noch in Obamas letzter Amtszeit ausverhandelt wird,

erhöht. Zudem hat sich das Europäische Parlament am 8. Juli 2015 in einer unverbindlichen Resolution für das Abkommen ausgesprochen.

# LITERATURVERZEICHNIS

## Amtliche Dokumente

Beckmeyer, Uwe 2014: *Beantwortung der kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Bundesrat 2014: *Beschluss 295/14*. Berlin.

Efler, Michael 2014: *Your Request for Registration of a Proposed Citizens' Initiative Entitled "Stop Ttip"*. Brüssel: Europäische Kommission.

Europäische Kommission 2014: *Eurobarometer – Nationaler Bericht Deutschland*. Vol. 82. Brüssel.

Gabriel, Sigmar 2014: *Brief an Eu-Handelskommissar Karel De Gucht*. Berlin: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie.

Künast, Renate/Trittin, Jürgen 2013: Antrag: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Art. 23 Abs. 3 GG i.V.m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union. Berlin: Deutscher Bundestag.

Oehm, Max 2015: TTIP – Übersicht über die politische Diskussion in Deutschland, insbesondere zum Thema ISDS. [unveöffentlicht]. Berlin: Auswärtiges Amt, Referat 507.

## Internetquellen

Deutscher Gewerkschaftsbund 2014: *DGB und Wirtschaftsministerium formulieren Anforderungen* [online] verfügbar unter: <http://www.dgb.de/themen/++co++683203bc-3f12-11e4-9551-52540023ef1a>. [zuletzt abgerufen am: 6. Juli 2015].

Die Linke 2014: *TTIP und CETA stoppen*. [online] verfügbar unter: <https://www.die-linke.de/politik/aktionen/ttip-stoppen/>. [zuletzt abgerufen am: 6. Juni 2015].

Obama, Barack 2015. *Remarks by the President in State of the Union Address*. [online] verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2015/01/20/remarks-president-state-union-address-january-20-2015>. [zuletzt abgerufen am: 29. Juni 2015].

Office of the United States Trade Representative 2015: *Trade Promotion Authority*. [online] verfügbar unter: <https://ustr.gov/trade-agreements/other-initiatives/Trade-Promotion-Authority>. [zuletzt abgerufen am: 18. Juni 2015].

– 2013: European Union. [online] verfügbar unter: <https://ustr.gov/countries-regions/europe-middle-east/europe/european-union>. [zuletzt abgerufen am : 8. Juli 2015].

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 2015: *Über uns: Aufgaben Und Organisation*. [online] verfügbar unter: <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/ziele.html>. [zuletzt abgerufen am: 29. Juni 2015].

- Schmidt, Adam: *Alternative für Deutschland, Freihandelsabkommen - Aktuelles Hintergrundwissen zum Freihandelsabkommen TTIP*. [online] verfügbar unter: <http://www.alternativefuer.de/programm-hintergrund/hintergrundinformationen/freihandelsabkommen/>. [zuletzt abgerufen am: 9. Juni 2015].
- Stop-TTIP, 2015: *Handelsabkommen gemeinsam stoppen*. [online] verfügbar unter: [https://stop-ttip.org/de/?noredirect=de\\_DE](https://stop-ttip.org/de/?noredirect=de_DE). [zuletzt abgerufen am: 12. Juni 2015].
- Tauber, Peter 2014: *TTIP Mythen - Befürchtungen und Fakten zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU*. [online] verfügbar unter: <http://www.cdu.de/ttip/>. [zuletzt abgerufen am: 9. Juni 2015].
- TTIP unfairhandelbar 2015: *Mitgliederliste*. [online] verfügbar unter: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de/start/wer-wir-sind/mitgliederliste/>. [zuletzt abgerufen am: 15. Juni 2015].
- Verbraucherzentrale Hamburg 2014: *Unterschiede beim vorsorgenden Schutz*. [online] verfügbar unter: [http://www.vzh.de/ernaehrung/347444/vzh\\_TTIP\\_Unterschiede\\_Umgang.pdf](http://www.vzh.de/ernaehrung/347444/vzh_TTIP_Unterschiede_Umgang.pdf). [zuletzt abgerufen am: 1. Juli 2015].

## Interviews

- Hendricks, Barbara 2015: *Das Investor-Staat-Klageverfahren halte ich für überflüssig*. Im Gespräch mit Julia Reimer, Deutschlandfunk. 12. Januar 2015.
- Köhler, Martin 2015: *Der TTIP-Protest und die Rolle der NGOs*. Im Gespräch mit Franziska Zimmerer. 10. Juni 2015.
- Lefkin, Peter 2015: *TTIP Policy in the U.S.* Im Gespräch mit Franziska Zimmerer. 26. Mai 2015.
- Machnig, Matthias 2015: *Wem nützt TTIP – Nur Konzernen oder auch Verbrauchern?* Im Gespräch mit Anne Will, ARD. 20. Mai 2015.
- Mildner, Stormy-Annika 2015: *Position des BDI und der deutschen Wirtschaft zu TTIP*. Im Gespräch mit Franziska Zimmerer. 28. Mai 2015.
- Sparding, Peter 2015: *Die Haltung der US-Wirtschaft und Politik zu TTIP*. Im Gespräch mit Franziska Zimmerer. 10. Juni 2015.

## Journals

- Brooks, Clem/Jeff Manza 1997: Social Cleavages and Political Alignments: U.S. Presidential Elections, 1960 to 1992. In: *American Sociological Review* 62:6, 937-46.
- Dye, Thomas R. 1978: Oligarchic Tendencies in National Policy-Making: The Role of the Private Policy-Planning Organizations. In: *The Journal of Politics* 40:2, 309-31.
- Kitschelt, Herbert 1993: Class Structure and Social Democratic Party Strategy. In: *British Journal of Political Science* 23:3, 299-337.

- Kollman, Ken/Miller, John H./Page, Scot E. 1998: Political Parties and Electoral Landscapes. In: *British Journal of Political Science*, 28:1. 139-158.
- Miller, Gary/Schofiel, Norman 2008: The Transformation of the Republican and Democratic Party Coalitions in the U.S. In: *Perspectives on Politics* 6:3, 433-450.
- Olney, Richard/Ralston, Jackson H./Dennis, W. C. 1912: General Arbitration Treaties. In: *Proceedings of the American Society of International Law at Its Annual Meeting* 6, 102-114.
- Salamon, Lester M./Anheier, Helmut K. 1998: Social Origins of Civil Society: Explaining the Nonprofit Sector Cross-Nationally. In: *Voluntas: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations* 9:3, 213-46.
- von Alemann, Ulrich/Eckert, Florian 2006: Lobbyismus als Schattenpolitik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 15-16, 3-10.
- Voss, Kathrin 2010: Grassrootscampaigning Und Chancen Durch Neue Medien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 19, 28-33.
- Young, Alasdair R. 2003: Political Transfer and "Trading Up? Transatlantic Trade in Genetically Modified Food and U.S. Politics. In: *World Politics* 55:4, 457-84.

## Literatur

- Anheier, Helmut K./Toepler, Stefan 2003: Bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der Zivilgesellschaft Im Internationalen Vergleich. In: Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement Im Internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich. 13-56.
- De Tocqueville, Alexis 1990: *Democracy in America*. New York: Vintage.
- Edwards, George C./Wattenber, Martin P./Lineberry, Robert L. 2006: *Government in America*. 11. Aufl. London: Pearson.
- Gellner, Winand/Kleiber, Martin 2007: *Das Regierungssystem der USA*. Baden-Baden: Nomos.
- Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident. In: Jäger, Wolfgang/Hass, Christoph M. (Hrsg.): *Regierungssystem der USA: Lehr- und Handbuch*. 3. Aufl. München [u.a.]: Oldenbourg Wissenschaftsverlag. 129-170.
- Lang, Sabine 2003: Die Förderung Von Bürgerschaftlichem Engagement in Us-Amerikanischen Städten Und Kommunen. In: Enquete Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Bürgerschaftliches Engagement Im Internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich. 57-90.
- Metzges, Günter 2005: Zu den Chancen des digitalen Massenprotestes – Im Internet entsteht das Online-Bürgernetzwerk „Campact“. In: netzwerk recherche (Hrsg.): *Online-Journalismus – Chancen, Risiken und Nebenwirkungen der Internet-Kommunikation*. Wiesbaden: Bundeszentrale für politische Bildung, 74-87.

Rokkan, Stein 2009: *Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of the Process of Development*. Essex: ECPR Press.

Vowe, Gerhard 2014: Digital Citizens Und Schweigende Mehrheit: Wie Verändert Sich Die Politische Beteiligung Der Bürger Durch Das Internet? Ergebnisse Einer Kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): *Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. 53-90.

## Positionspapiere

AFL-CIO America's Unions 2015: *U.S.-EU Free Trade Agreement (TTIP)*. Washington, D.C.

AmChams in Europe 2015: *To the Members of the United States Congress*. Washington. D.C.

Bundesverband mittelständische Wirtschaft *Politik kompakt – TTIP: Chancen und Risiken für den Mittelstand*. Berlin.

– 2015: *Stellungnahme im Rahmen des Konsultationsverfahrens der EU-Kommission zum Investitionsschutz im geplanten Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP*. Berlin.

Cohen, Larry 2015: *Tell Congress: We Can't Afford to Outsource More Jobs*. Washington, D.C.: MoveOn.Org.

Dempsey, Judy 2014: *Entering 2015, Europe Is Losing America*. Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.

Dempsey, Linda 2015a. Call to Action: It's Time to Pass Trade Promotion Authority. *In: Member Focus*, 2015:3.

– 2015b: *Investor-State Dispute Settlement (ISDS)*. Washington, D.C.: National Association of Manufacturers.

Deutscher Gewerkschaftsbund - Bundesvorstand, 2014: *Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur öffentlichen Konsultation zu den Modalitäten des Investitionsschutzes und der Investor-Staat-Streitbeilegung im Rahmen der TTIP*. Berlin.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2014: *TTIP: Transatlantischen Handel vereinfachen, Schutzstandards wahren*. Berlin.

Lambsdorff, Alexander 2015: *TTIP verbessert Investitionsschutz*. Berlin: Freie Demokratische Partei.

Luxner, Larry 2015: *Despite Stinging Setback, Controversial Trade Bill Not Dead yet - Atlantic Council's Jason Marczak Sees Chance Tpa May Still Squeak through Congress*. Washington, D.C.: Atlantic Council.

Mildner, Stormy-Annika 2014: *Consultation of the European Commission on Investment Protection and ISDS in TTIP*. Berlin: Bundesverband der Deutschen Industrie.

Murphy, John G. 2015: *Chamber's TPA Campaign in High Gear as Bill Moves to House*. Washington, D.C.: U.S. Chamber of Commerce.

- MoveOn Org, 2015: *Stop Fast Track in Its Tracks*. Washington, D.C.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2014: Mehr Vertrauen in Marktprozesse. In: *Jahresgutachten*, 2014/2015.
- Sparding, Peter 2014: *Germany's pivotal role on the way to TTIP. Europe Policy Paper*. Washington, D.C.: German Marshall Fund of the United States.
- SPD, 2014: *Europa eine neue Richtung geben – Wahlprogramm für die Europawahl am 25. Mai 2014*. Berlin.
- TTIP unfairhandelbar, 2013: *Pressemitteilung: Transatlantische Partnerschaft geht anders*. Berlin.
- 2015: *Positionspapier – Für eine Handelspolitik im Interesse der Menschen und der Umwelt*. Berlin.
- ver.di Bundesverwaltung 2013: *Angriff auf Löhne, Soziales und Umwelt*. Berlin.
- Yackee, Jason 2015: *New Trade Agreements Don't Need ISDS*. Washington, D.C.: Cato Institute.

## Studien

- Bauer, Matthias 2015a: Emotionen statt Argumente – Hintergründe zu den Protesten gegen TTIP. In: *Analysen und Argumente*, Vol. 173. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- 2015b: Klicks gegen TTIP - Netzaktivismus als Mittel zur Massenmobilisierung. In *Analysen und Argumente*, Vol. 174. St. Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Felbermayr, Gabriel/Heid, Benedikt/Lehwald, Sybille 2013: *Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) – Who benefits from a Free Trade Deal?*. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung und ifo-Institut.
- Institut für Demoskopie Allensbach 2013: *Motive des bürgerschaftlichen Engagements – Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung*. Allensbach am Bodensee.
- Pew Research Center 2014a: *Support in Principle for U.S.-EU Trade Pact – But Some Americans and Germans Wary of TTIP Details*. Washington, D.C.
- 2014b: *Party Identification Table*. Washington, D.C.
- 2015a: *Decreasing Support for TTIP in Germany*. Washington, D.C.
- 2015b: *Germany and the United States: Reliable Allies – But Disagreement on Russia, Global Leadership and trade*. Washington, D.C.
- Workman, Garrett 2014: *The Transatlantic Trade and Investment Partnership – Big Opportunities for Small Businesses*. Washington. D.C.: Atlantic Council.

## Zeitungsartikel

- Abé, Nicola/Knaup, Horand/Müller, Peter/Pauli, Christoph/Sauga, Michael/Schmergal, Cornelia/Traufetter, Gerald 2014: Im Säurebad. In: *Der Spiegel*, 22/2014.



- Handelsblatt, 2015a: DGB kontra Freihandel. In: *Handelsblatt*, 11. Juni 2015.  
– 2015b: Fähnchen Im Wind. 18. Juni 2015.
- Koch, Moritz 2015: Friendly Fire – TTIP wird für Obama zum Problem. In:  
*Handelsblatt* 13. Mai 2015.
- Merz, Friedrich 2015: Warum wir Schiedsgerichte brauchen. In: *Frankfurter  
Allgemeine Sonntagszeitung*, 8. Februar 2015.
- Rosbach, Henrike; Sattar, Majid 2014. TTIP und die SPD: Freihandel? Ja, aber... .  
*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. September 2014.
- The New York Times 2015: Car Industry Heads Lobby to Drop Tariffs between EU,  
U.S. In: *The New York Times*, 28. Januar 2015.
- Warren, Elizabeth 2015: The Trans-Pacific Partnership Clause Everyone Should  
Oppose. In: *The Washington Post*, 25. Februar 2015.
- Waschinski, Gregor 2015: Obama will Freihandelsabkommen "mit hohen Standards"  
aushandeln – US-Kongress erteilt Präsident gestärktes Verhandlungsmandat.  
In: *Agence France Presse*, 25. Juni 2015.
- Weisman, Jonathan 2015: "Obama's Trade Deal Faces Bipartisan Perin in the  
House. In: *The New York Times*, 31. Mai 2015.

# **EIGENSTÄNDIGKEITSERKLÄRUNG**

Ich versichere, dass ich die vorgelegte Seminararbeit eigenständig und ohne fremde Hilfe verfasst, keine anderen als die angegebenen Quellen verwendet und die den benutzten Quellen entnommenen Passagen als solche kenntlich gemacht habe. Diese Bachelorarbeit ist in dieser oder einer ähnlichen Form in keinem anderen Kurs vorgelegt worden.

München, den